

Digitaler Staat in der Schweiz

Einschätzungen und Bedürfnisse
der Bevölkerung

Januar 2022

IMPRESSUM

Digitaler Staat in der Schweiz
Januar 2022

Auftraggeberin: Swico

Auftragnehmerin: Sotomo, Dolderstrasse 24, 8032 Zürich

Autor:innen: Gordon Bühler, Michael Hermann, David Krähenbühl

Editorial

Spätestens seit der Abstimmung um die E-ID wissen wir, dass wir den Puls der Bevölkerung in Bezug auf den digitalen Service Public verloren haben – falls wir ihn denn je spürten. Während sich Bundesrat, Parlament und Verwaltung zunächst einig schienen, dass es diese E-ID braucht und wie sie daher kommen sollte, erlitt sie an der Urne eine krachende Niederlage und hinterliess ein perplexes Establishment. Schon zuvor hatte «Fax-Gate» während der Corona-Pandemie zutage gebracht, dass es um den digitalen Staat nicht zum Besten steht. Dies betraf nicht etwa nur die Bundesverwaltung, sondern auch die mangelnde horizontale Koordination zwischen den Kantonen sowie das gesamtheitliche Verständnis einer durchgängigen vertikalen Digitalisierung durch alle föderalen Stufen.

Es ist klar geworden: Punkto Digitalisierung des Staats muss mehr passieren. Und es muss schneller passieren. Mit dem 10 Punkte-Programm¹ formulierte Swico anfangs 2021 umfassende Forderungen zur Etablierung und Beschleunigung eines digitalen Staats. Seither ist einiges passiert, sowohl auf Bundes- als auch kantonaler Ebene. Etliche Gesetzesvorlagen, Verordnungen und Berichte wurden erarbeitet. Vereinzelt wurden sogar regelrechte Juwelen hervorgebracht, wie etwa das digitale Covid-Zertifikat. Anderswo wurden neue Defizite entdeckt, wie etwa empfindliche Sicherheitslücken bei den Gemeindeverwaltungen.

In dieser äusserst dynamischen Situation wollen wir eine Auslegeordnung schaffen und den Puls der Bevölkerung fühlen. Die Digitalisierung wird in der Öffentlichkeit zwar breit diskutiert, aber wir wissen gleichzeitig sehr wenig über die Anforderungen der Menschen an den digitalen Staat. Die E-ID Abstimmung war diesbezüglich die erste und bislang einzige demokratische Willensäusserung. Um die Bedürfnisse nach einem digitalen Service Public besser zu verstehen und zu priorisieren, hat Swico eine repräsentative Bevölkerungsumfrage in Auftrag gegeben. In Übereinstimmung mit dem 10 Punkte-Programm wird in der Studie der digitale Staat weiter gefasst als das allgemeine E-Government: Der «Staat» wird hier in seiner föderalen Komplexität als Einheit verstanden – denn für die Bevölkerung ist es unerheblich, ob die Auslieferung einer öffentlichen Aufgabe in die Zuständigkeit von Bund, Kanton oder Gemeinde liegt.

Die Ergebnisse fallen auch für uns als Verband der digitalen Wirtschaft überraschend aus. Die drängendsten Bedürfnisse drehen sich nämlich um Themen, für die hauptsächlich die Kantone in der Pflicht stehen. Es geht der Bevölkerung nicht vordergründig um Dienstleistungen wie Online-Schalter oder E-Voting. Nein, sie hat echte, nicht delegierbare Grund- und Schutzbedürfnisse an den Staat: Bildung, Digitale Gewalt und Cybersicherheit. Themen, die während der Pandemie wohl an Bedeutung gewonnen haben und die Verletzlichkeit des und der Einzelnen, aber auch der ganzen Gesellschaft, in den Fokus rückten. Gerade in der Bildung geht es nicht nur um die digitale Auslieferung

¹<https://www.swico.ch/de/verband/tatigkeiten/wirtschaftspolitische-positionen/#10-punkte-programm-zur-digitalisierung>

von Lerninhalten, mit der Eltern von schulpflichtigen Kindern während des Shutdowns Erfahrungen gemacht haben. Nein, es geht um die eigentlichen Bildungsinhalte und die Vorbereitung unserer Kinder auf die Zukunft. Hier herrscht Einigkeit, dass wir aus der Zeit zu fallen drohen.

Die Erkenntnisse der vorliegenden Studie helfen, den Kompass zu justieren und die politischen Bestrebungen zu ordnen. Gerade der öffentlichen Hand sollen auf allen Ebenen Anknüpfungspunkte angeboten werden, um die Prioritäten richtig zu setzen und den Dialog mit der Bevölkerung zu intensivieren.

Judith Bellaiche

Geschäftsführerin Swico

Inhaltsverzeichnis

1 In Kürze	6
1.1 Zu dieser Studie	6
1.2 Ergebnisse im Überblick	8
2 Gesamtüberblick über die Bereiche	11
2.1 Informiertheit	11
2.2 Gewünschte Geschwindigkeit	12
2.3 Gesamtpriorisierung	13
3 Digitale Kompetenzen	14
3.1 Persönliche Beurteilung	14
3.2 Gewünschtes Tempo	16
4 Cybersicherheit	17
4.1 Informiertheit und persönliche Beurteilung	17
4.2 Staatliche Anstrengungen	20
4.3 Gewünschtes Tempo	21
5 Digitalisierung und Bildung	22
5.1 Informiertheit und persönliche Beurteilung	22
5.2 Qualität des digitalen Unterrichts	24
5.3 Digitale Kompetenzen der Lehrerschaft	26
5.4 Gewünschtes Tempo	27
6 Digitale Gewalt	29
6.1 Informiertheit und persönliche Beurteilung	29
6.2 Bekämpfung von digitaler Gewalt	31
6.3 Gewünschtes Tempo	34
7 Digitalisierung und Gesundheit	36
7.1 Informiertheit und persönliche Beurteilung	36
7.2 Zufriedenheit mit dem EPD	38
7.3 Gewünschtes Tempo	39
8 Virtueller Schalter	40
8.1 Informiertheit und persönliche Beurteilung	40
8.2 Bewertung des heutigen Angebots	42
8.3 Gewünschtes Tempo	43
9 Digitale Demokratie	44
9.1 Informiertheit und persönliche Beurteilung	44
9.2 Stufen der E-Partizipation	47
9.3 Gewünschtes Tempo	48
10 Digitale Aussenpolitik	49
10.1 Informiertheit und persönliche Beurteilung	49
10.2 Gewünschtes Tempo	51
11 Datenerhebung und Methode	52

1 In Kürze

1.1 Zu dieser Studie

Der digitale Wandel verändert unseren Alltag, stellt Anforderungen an Gesellschaft, Wirtschaft und nicht zuletzt auch an den Staat. Wie gut ist dieser aus Sicht der Schweizer Bevölkerung gerüstet, um gegenüber den Herausforderungen der Digitalisierung zu bestehen? Wo finden sich die grössten Defizite und wo der grösste Handlungsbedarf? Swico, der Schweizer Wirtschaftsverband der ICT- und Online-Branche, wollte wissen, wie die Bevölkerung den Stand des digitalen Staats in der Schweiz einschätzt und welche Erwartungen gegenüber der öffentlichen Hand bestehen. Swico hat Sotomo damit beauftragt, mit einer repräsentativen Befragung die Sicht der gesellschaftlichen Basis auf die öffentlichen Institutionen in der Schweiz zu untersuchen.

Wird in diesem Land über den digitalen Staat beziehungsweise die digitale Verwaltung gesprochen, steht oft die unmittelbare Interaktion zwischen Bürger, Bürgerin und dem Staat im Vordergrund: Es geht um virtuelle Schalter und um digitale Möglichkeiten der (direkt-)demokratischen Beteiligung. Die Covid-19-Pandemie hat einen weiteren Aspekt in den Vordergrund gerückt: Als zu Beginn der Krise bekannt wurde, dass die Fallzahlen von Labors oder Spitälern ans Bundesamt für Gesundheit (BAG) teilweise per Fax erfolgten, stellte sich die drängende Frage, wie weit die internen Prozesse im Gesundheitswesen, in der Verwaltung und im Staat insgesamt noch den heutigen Anforderungen entsprechen. Die vorliegende Studie zeigt, dass die Bevölkerung solche Bedenken teilt, jedoch andere Prioritäten setzt als die bisherigen Debatten vermuten lassen. Die grössten Defizite und vor allem auch den grössten Handlungsbedarf erkennen die Befragten in den Bereichen der Cybersicherheit sowie der digitalen Gewalt. Das sind Sicherheitsthemen, bei denen es zum einen um den Schutz vor kriminellen Übergriffen, zum anderen um persönliche Integrität gegenüber Attacken, beispielsweise in sozialen Medien, geht. Die Befragung zeigt: Der digitale Wandel hat dazu geführt, dass die grundlegendste staatliche Funktion überhaupt – Sicherheit für seine Bürgerinnen und Bürger zu schaffen – aus Sicht dieser Bürgerinnen und Bürger auch zu einer Kernaufgabe des digitalen Staats geworden ist. Dabei erkennen sie gerade im Bereich der digitalen Sicherheit auch die grössten Defizite. So gehen zum Beispiel nur gerade 16 Prozent der Befragten davon aus, dass die öffentliche Hand genügend gegen digitale Gewalt unternehme.

Die grössten Defizite jenseits der grundlegenden Sicherheitsfragen verortet die Bevölkerung im Bereich der Bildung und – davon abgeleitet – auch bei den digitalen Kompetenzen insgesamt. Im Schulbereich hat nicht zuletzt der durch die Pandemie notwendig gewordene Fernunterricht Defizite sichtbar gemacht: Weniger als die Hälfte der Befragten sind der Ansicht, dass Schweizer Schülerinnen und Schüler ausreichend auf die digital geprägten Berufsbilder der Zukunft gerüstet sind. Neben den Schulen verorten die Befragten auch bei der Verwaltung und den KMU einen Mangel an digitalen

Kompetenzen. Genügend digitale Kompetenzen werden einzig den grossen Unternehmen zugeschrieben.

Am wenigsten Dringlichkeit sehen die Befragten im Bereich der digitalen Demokratie, zu der das digitale Abstimmen (E-Voting) ebenso gehört wie das digitale Unterschriftensammeln (E-Collecting) – aber selbst hier wünscht sich die Hälfte der Befragten mehr Tempo bei der Weiterentwicklung. Die Prioritätensetzung der Bevölkerung macht deutlich, dass der digitale Staat aus Sicht der Bevölkerung viel fundamentaler und umfassender eingeschätzt wird, als es eine begrenzte Diskussion über virtuelle Schalter und E-Voting erscheinen lassen. Die Schaffung von digitaler Sicherheit und von digitalen Kompetenzen (im Bildungsbereich und ausserhalb davon) werden als Schlüsselanforderungen des Staats für die erfolgreiche Bewältigung des digitalen Wandels angesehen.

Für diese Studie hat Sotomo in der ersten Novemberhälfte 2021 insgesamt 1254 Personen online befragt. Die Ergebnisse sind repräsentativ für die sprachintegrierte Bevölkerung der Deutschschweiz. Untersucht wurden dabei die folgenden acht Themenfelder:

- Digitale Kompetenzen
- Cybersicherheit
- Digitalisierung und Bildung
- Digitale Gewalt
- Digitalisierung und Gesundheit
- Virtueller Schalter
- Digitale Demokratie
- Digitale Aussenpolitik

Um Effekte der Befragungsreihenfolge auszuschliessen, wurden die Themenblöcke in jeweils zufälliger Reihenfolge abgefragt. In jedem Bereich wurde zunächst die Informiertheit über zentrale Begriffe und über die aktuelle Sachlage ermittelt. Danach konnten die Befragten ihre Einschätzung zum aktuellen Stand der digitalen Entwicklung sowie zur Wichtigkeit konkreter Angebote geben. Zuletzt stellten wir in jedem Bereich die Frage: Soll der Staat die eigene Entwicklung in diesem Bereich beschleunigen oder drosseln?

1.2 Ergebnisse im Überblick

Prioritäten beim digitalen Staat

Die Bevölkerung wünscht sich mehr Tempo bei der Entwicklung des digitalen Staates. Als besonders dringlich werden Massnahmen in Bezug auf Fragen der digitalen Sicherheit sowie der digitalen Bildung und Kompetenzentwicklung angesehen. Konkret verlangen drei Viertel der Befragten mehr Tempo des Staats bei der Schaffung von Cybersicherheit und bei der Bekämpfung digitaler Gewalt. 60 Prozent sind der Ansicht, die Entwicklung im Bildungsbereich sowie bei den digitalen Kompetenzen der Verwaltung selbst gehe zu langsam. Das Ausmass der Dringlichkeit wird je nach Themenfeld unterschiedlich eingeschätzt. Nur die wenigsten Befragten sind jedoch der Ansicht, dass das aktuelle Tempo des digitalen Wandels beim Staat in irgendeinem Bereich zu überhastet sei. Weniger Tempo wird noch am ehesten bei der Entwicklung der digitalen Demokratie gewünscht, doch auch hier fordern nur 18 Prozent eine Entschleunigung. Zurückhaltung besteht zudem in Bezug auf die digitale Aussenpolitik, die zugleich das untersuchte Themenfeld mit dem tiefsten Informationsstand ist.

Digitale Kompetenzen

Geht es generell um das Vorhandensein digitaler Kompetenzen, besteht aus Sicht der Befragten ein markantes Gefälle zwischen den grossen Unternehmen und anderen Organisationsformen. 78 Prozent schätzen die digitalen Kompetenzen grosser Unternehmen als hoch ein, nur 45 Prozent jedoch jene der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU). Die digitalen Kompetenzen des Staats bzw. der Verwaltung werden von den Befragten nur auf dem Niveau eines KMU und nicht eines grossen Unternehmens eingeschätzt. Die grössten Defizite in Bezug auf digitale Kompetenzen werden bei den Schulen wahrgenommen: Nur 36 Prozent erkennen hier hohe Kompetenzen.

Cybersicherheit

Nur 28 Prozent der Befragten schätzen die Cybersicherheit der kritischen Infrastruktur und der Verwaltung in der Schweiz als ausreichend ein. Ebenfalls nur 31 Prozent sehen die Schweizer Unternehmen ausreichend vor Angriffen durch Schadsoftware (Ransomware) und ähnlichem geschützt. Es erstaunt deshalb nicht, dass genau in diesem Bereich heute ein besonders dringender Handlungsbedarf gesehen wird. Dabei erwarten 87 Prozent, dass auch der Staat zusätzliche Anstrengungen unternimmt, um Schweizer Unternehmen besser vor Cyber-Attacks zu schützen. Klare Mehrheiten bestehen dabei im gesamten politischen Spektrum.

Digitalisierung und Bildung

Obwohl die digitalen Kompetenzen junger Menschen insgesamt als hoch eingeschätzt werden, sind nur 45 Prozent der Befragten der Ansicht, dass Schweizer Schülerinnen und Schüler ausreichend auf die Berufsbilder der Zukunft vorbereitet werden. Besondere Defizite werden dabei bei den digitalen Kompetenzen der Lehrpersonen verortet: Insgesamt nur 27 Prozent erachten diese als zumindest eher hoch. Besonders nah dran am

heutigen Schulalltag sind die Eltern minderjähriger Kinder. Diese beurteilen die digitalen Kompetenzen der Lehrpersonen mit 32 Prozent nur geringfügig positiver. Die Qualität des digitalen Fernunterrichts während der Corona-Pandemie, den sie besonders nah miterleben konnten, schätzen 42 Prozent von ihnen als gut oder eher gut ein.

Digitale Gewalt

Cybermobbing, Cyberstalking, Hassrede, Gewaltandrohung oder Diskriminierung über elektronische Mittel wie soziale Medien, Messaging-Apps oder E-Mail sind Elemente der digitalen Gewalt. Für die Bevölkerung handelt es sich dabei um ein Thema von besonders hoher Dringlichkeit: 86 Prozent halten digitale Gewalt für verbreitet. Nur gerade 16 Prozent erachten die Bekämpfung digitaler Gewalt durch die Behörden als ausreichend. Die hohe Dringlichkeit kommt auch darin zum Ausdruck, dass eine Mehrheit sich selbst nicht in der Lage sieht, sich ausreichend vor digitaler Gewalt zu schützen: 62 Prozent der Frauen und 49 Prozent der Männer geben an, dass sie sich nicht ausreichen zu schützen wüssten, wenn sie selbst Zielscheibe digitaler Gewalt würden. Grosse Mehrheiten der Befragten wünschen sich konkrete Gegenmassnahmen, insbesondere durch den Staat: Dazu gehören mehr Ressourcen für die Strafverfolgung, strengere Gesetze sowie mehr staatliche Aufklärungsarbeit.

Digitalisierung und Gesundheit

Die meisten Befragten haben vom elektronischen Patientendossier gehört. Jedoch nur 16 Prozent von ihnen nutzen dieses heute. Von jenen, die es nutzen, hält es eine überwiegende Mehrheit von 89 Prozent für nützlich. Dennoch gehört dieses Thema aus Sicht der Befragten nur zur mittleren Priorität, wenn es um den digitalen Staat geht. Es sind dabei vor allem ältere Befragte, die mehr Tempo bei der Digitalisierung des Gesundheitsbereichs wünschen.

Virtueller Schalter

Geht es um Online-Behördengänge, schätzt eine Mehrheit von 57 Prozent der Befragten bereits das heutige Angebot als gut ein. Obwohl für 77 Prozent der Befragten ein umfassendes Angebot an Online-Behördengängen wichtig ist, gehört dieser Bereich des digitalen Staats deshalb nicht zu den Themen höchster Dringlichkeit.

Digitale Demokratie

60 Prozent der Befragten halten E-Voting für wichtig. Politisch rechtsstehende Personen stehen dem E-Voting am skeptischsten gegenüber. Beim E-Collecting ist es die politische Mitte, die am skeptischsten ist, während es an den politischen Polen als wichtiger beurteilt wird. Das Bedürfnis nach E-Partizipation ist im linken Lager am höchsten.

Digitale Aussenpolitik

Die EU treibt derzeit neue Gesetze voran, um Angebote im Internet einheitlich zu regeln. Die Schweiz kann diesen Gesetzgebungsprozess nicht direkt mitgestalten. 56 Prozent der Befragten trauen dem Bundesrat aber zu, dass er die Interessen der Schweiz in diesem

Gesetzgebungsprozess gut vertritt. Nur 33 Prozent trauen der EU zu, die Schweiz bei der Regulierung der Digitalisierung angemessen zu berücksichtigen.

2 Gesamtüberblick über die Bereiche

2.1 Informiertheit

Die Bevölkerung sieht sich im Allgemeinen gut informiert über die verschiedenen Bereiche des digitalen Staats in der Schweiz. Besonders bezüglich digitaler Gewalt und Cybersicherheit ist der Grad an Informiertheit hoch. Im Bereich «Digitale Demokratie» ist das E-Voting gut bekannt – weniger bekannt ist das E-Collecting. Bei Themen der Gesundheit und der Bildung fühlen sich die Befragten nicht so sicher. Am tiefsten ist die Informiertheit bei der digitalen Aussenpolitik.

Abbildung 1: Informiertheit über Teilaspekte aus verschiedenen Bereichen

Digitale Gewalt: «Digitale Gewalt umfasst verschiedene Übergriffe im digitalen Raum resp. im Internet. Dazu gehören Cybermobbing, Cyberstalking, Hassrede, Gewaltandrohung oder Diskriminierung über elektronische Mittel wie soziale Medien, Messaging-Apps oder E-Mail.»

Cyber-Risiken: «Zu den Cyber-Risiken gehören Manipulationen, Sabotagen, Spionage und gezielte Angriffe über elektronische Netzwerke. Über solche Angriffe ist es zum Beispiel möglich, kritische Infrastrukturen wie die Strom- und Wasserversorgung oder die Telekommunikation eines Landes lahmzulegen.»

E-Voting: ««E-Voting» bezeichnet die elektronische Stimmabgabe bei Wahlen und Abstimmungen. Die elektronische Stimmabgabe kann von zuhause aus über das Internet getätigt werden. E-Voting ist in der Schweiz zurzeit nicht möglich.»

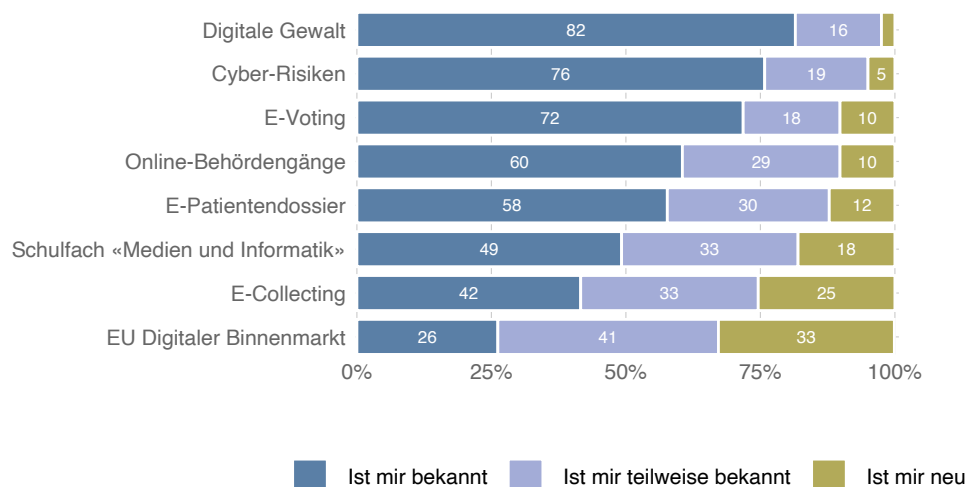
Online-Behördengänge: «Mit Online-Behördengängen können staatliche Dienstleistungen komplett papierlos über das Internet abgewickelt werden. Beispiele sind eine Wohnsitzbestätigung, ein Betriebsregisterauszug oder die Steuererklärung. Für Online-Behördengänge gibt es in verschiedenen Gemeinden und Kantonen ein Angebot, jedoch keine schweizweite Lösung.»

E-Patientendossier: «Das elektronische Patientendossier ist eine Sammlung persönlicher Dokumente zur eigenen Gesundheit. Diese Informationen sind sowohl für die Patientinnen und Patienten als auch für ihre Gesundheitsfachpersonen abrufbar. Die Patientinnen und Patienten bestimmen, wer diese Dokumente einsehen darf.»

Schulfach «Medien und Informatik»: «Mit dem Lehrplan 21 wurde das neue Fach Medien und Informatik eingeführt. Schülerinnen und Schüler sollen in diesem Fach einen sicheren und verantwortungsvollen Umgang mit digitalen Medien lernen und erste Einblicke in die Informatik erhalten.»

E-Collecting: ««E-Collecting» bezeichnet die elektronische Unterschriftensammlung für Initiativen und Referenden. E-Collecting ist in der Schweiz zurzeit nicht möglich.»

EU Digitaler Binnenmarkt: «Die EU treibt derzeit neue Gesetze voran, um Angebote im Internet einheitlich zu regeln. Rechtliche Grundlagen und technische Standards sollen innerhalb des EU-Raums vereinheitlicht werden.»

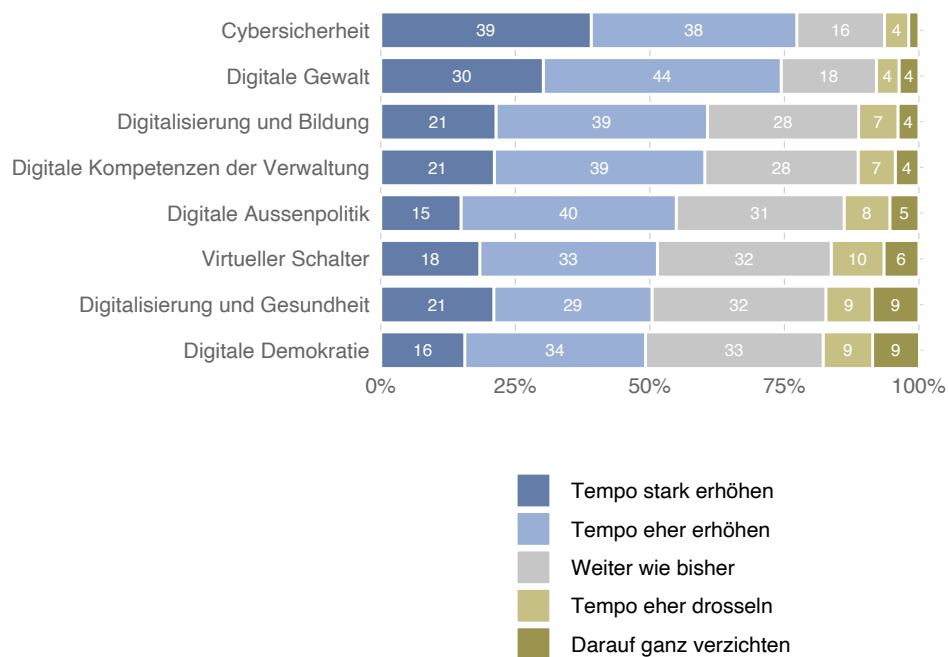


2.2 Gewünschte Geschwindigkeit

Am Ende jedes Bereichs hatten die Befragten die Möglichkeit anzugeben, ob der Staat in diesem Bereich sein Tempo erhöhen oder drosseln sollte. In fast allen Bereichen wünschen sie sich ein höheres Tempo. Besonders stark ist dieser Wunsch bei den emotionalen Themen der Cybersicherheit und der digitalen Gewalt. Auch bei der Bildung und den digitalen Kompetenzen der Verwaltung ist der Wunsch nach einem höheren Tempo deutlich (Abb. 2).

Abbildung 2: Gewünschtes Tempo der Entwicklung

«Soll der Staat die eigene Entwicklung im Bereich <...> beschleunigen oder drosseln?»

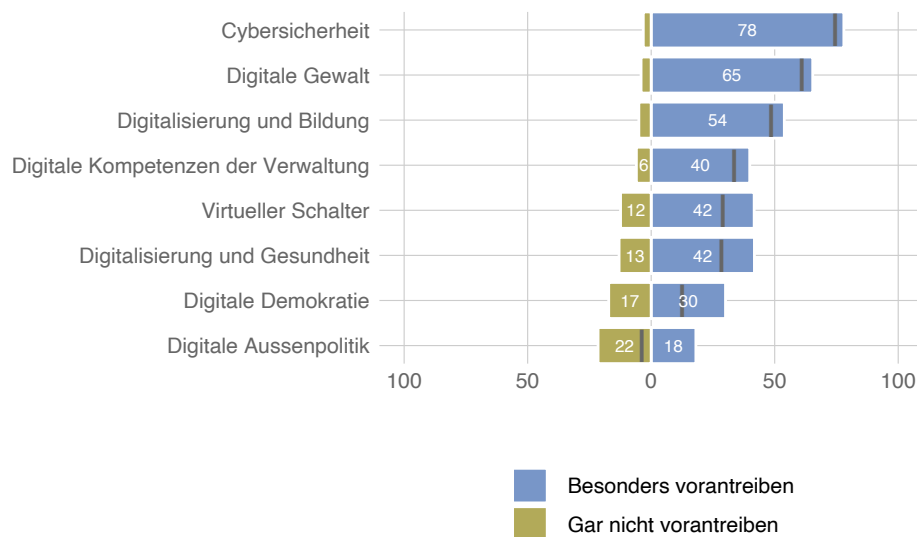


2.3 Gesamtpriorisierung

Am Ende der Befragung wurden die Bereiche durch die Befragten nochmals priorisiert. Die Reihenfolge dieser Priorisierung stimmt mit dem Wunsch nach einer höheren Geschwindigkeit weitgehend überein. Einzig die digitale Aussenpolitik, welche im Alltagsleben der Menschen wenig Berührungspunkte bietet, fällt im Direktvergleich mit den anderen Bereichen ab und landet in der Gesamtpriorisierung am Ende der Befragung auf dem letzten Platz (Abb. 3).

Abbildung 3: Priorisierung der Bereiche

«In welchen Bereichen sollte der Staat die eigene digitale Entwicklung besonders vorantreiben? Markieren Sie alle zutreffenden Bereiche.» und «Und in welchen Bereichen sollte der Staat die eigene digitale Entwicklung gar nicht vorantreiben?» Die graue Linie markiert das Delta der betreffenden Antworten.



3 Digitale Kompetenzen

3.1 Persönliche Beurteilung

Die digitalen Kompetenzen von verschiedenen Institutionen und Bevölkerungsgruppen wurden durch die Befragten eingeschätzt. Jeweils weniger als die Hälfte der Befragten schätzt die digitalen Kompetenzen der Bundesverwaltung und der kantonalen Verwaltungen in der Schweiz als hoch ein. Noch negativer bewertet werden die digitalen Kompetenzen der Schulen. Im Vergleich dazu attestieren drei Viertel der Befragten den grossen Unternehmen in der Schweiz hohe digitale Kompetenzen. Bei den KMU fällt die Bewertung bereits wieder negativer aus (Abb. 4). Die Einschätzung durch politisch rechtsstehende Befragte fällt etwas weniger streng aus, insbesondere in Bezug auf kantonale Verwaltungen und KMU (Abb. 5).

Abbildung 4: Einschätzungen der digitalen Kompetenzen in der Schweiz

«Wie schätzen Sie die digitalen Kompetenzen der folgenden Institutionen und Personen in der Schweiz ein?»

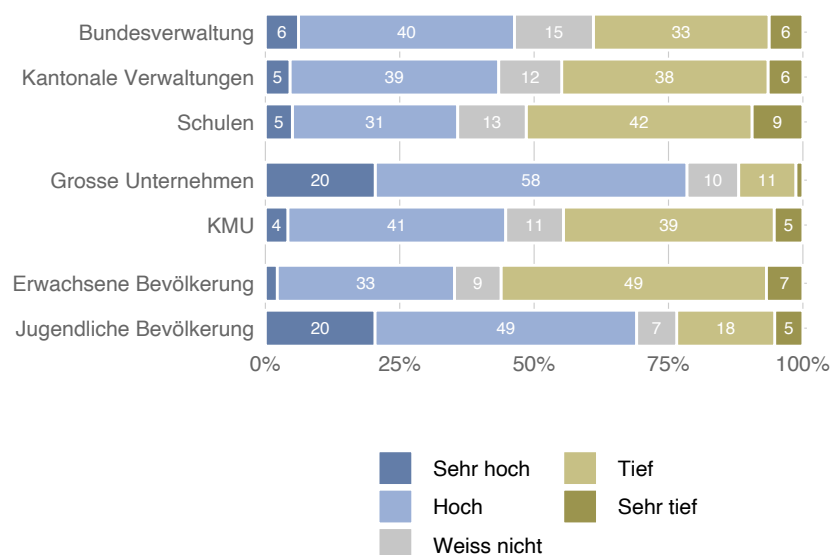
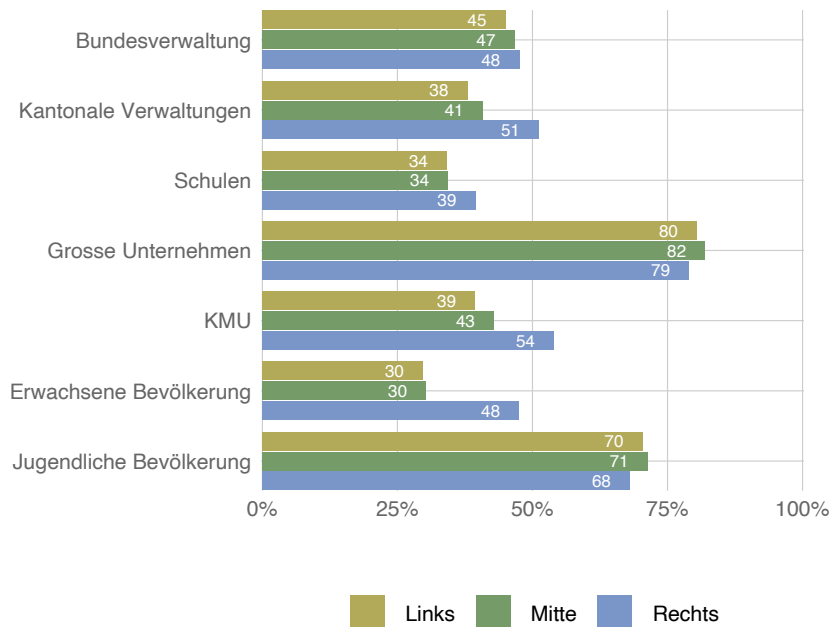


Abbildung 5: Einschätzungen der digitalen Kompetenzen in der Schweiz – nach politischer Orientierung

«Wie schätzen Sie die digitalen Kompetenzen der folgenden Institutionen und Personen in der Schweiz ein?»



3.2 Gewünschtes Tempo

60 Prozent der Befragten möchten, dass der Staat bei der Entwicklung seiner eigenen digitalen Kompetenzen das Tempo erhöht (Abb. 6). Besonders hoch ist der Wunsch nach einem höheren Tempo bei älteren und politisch linksstehenden Befragten (Abb. 7).

Abbildung 6: Gewünschtes Tempo im Bereich «Digitale Kompetenzen»

«Soll der Staat die eigene Entwicklung im Bereich «Digitale Kompetenzen» beschleunigen oder drosseln?»

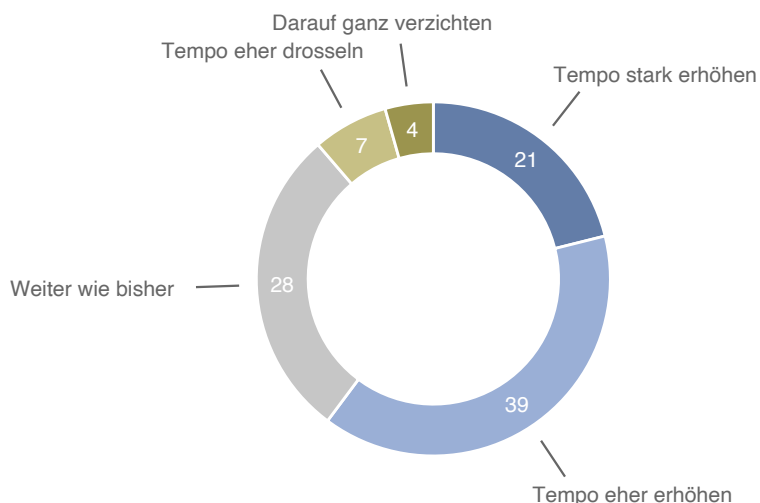
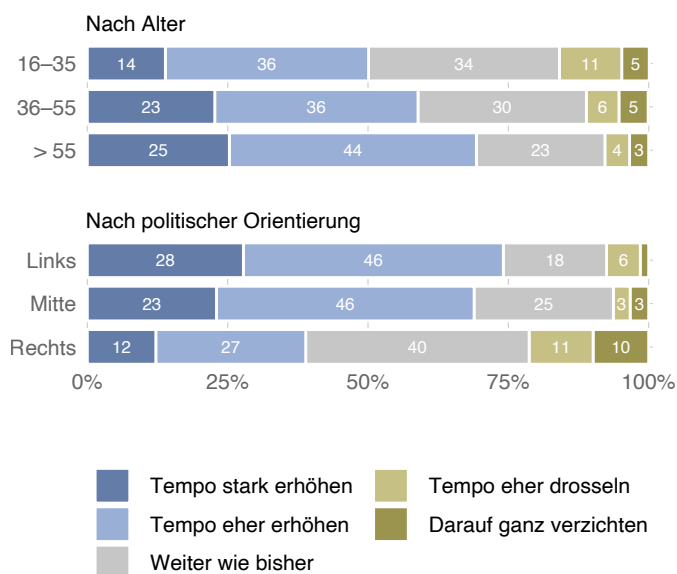


Abbildung 7: Gewünschtes Tempo im Bereich «Digitale Kompetenzen»

«Soll der Staat die eigene Entwicklung im Bereich «Digitale Kompetenzen» beschleunigen oder drosseln?»



4 Cybersicherheit

4.1 Informiertheit und persönliche Beurteilung

Zu den Cyber-Risiken gehören Manipulationen, Sabotagen, Spionage und gezielte Angriffe über elektronische Netzwerke. Über solche Angriffe können kritische Infrastrukturen eines Landes lahmgelegt werden. Dieser Sachverhalt ist den meisten Befragten bekannt (Abb. 8). Das trifft auch auf Ransomware-Attacken zu, wo Cyberkriminelle ein Computersystem infizieren und komplett lahmlegen, um danach ein Lösegeld einzufordern. Die Berichterstattung in den Medien, wo in den letzten Monaten über verschiedene grosse Fälle von solchen Ransomware-Attacken auf Schweizer KMU und Gemeinden berichtet wurde, dürfte dazu beigetragen haben. Entsprechend wird der Stand der Cybersicherheit tief eingeschätzt. Nur jeweils 3 Prozent schätzen die Cybersicherheit der kritischen Infrastruktur und Verwaltung in der Schweiz sowie der Schweizer Unternehmen als hoch ein, rund 30 Prozent als hoch oder eher hoch (Abb. 9). Junge sowie politisch rechtsstehende Personen sind in dieser Einschätzung etwas weniger kritisch (Abb. 10, 11).

Abbildung 8: Informiertheit über Aspekte im Bereich «Cybersicherheit»

Cyber-Risiken: «Zu den Cyber-Risiken gehören Manipulationen, Sabotagen, Spionage und gezielte Angriffe über elektronische Netzwerke. Über solche Angriffe ist es zum Beispiel möglich, kritische Infrastrukturen wie die Strom- und Wasserversorgung oder die Telekommunikation eines Landes lahmzulegen.»

Ransomware-Attacken: «In den letzten Monaten kam es zu mehreren schwerwiegenden Ransomware-Attacken auf Unternehmen und Behörden. Bei Ransomware handelt es sich um Schadsoftware, mit welcher Cyberkriminelle ein Computersystem infizieren und komplett lahmlegen. Die Kriminellen fordern ein Lösegeld.»

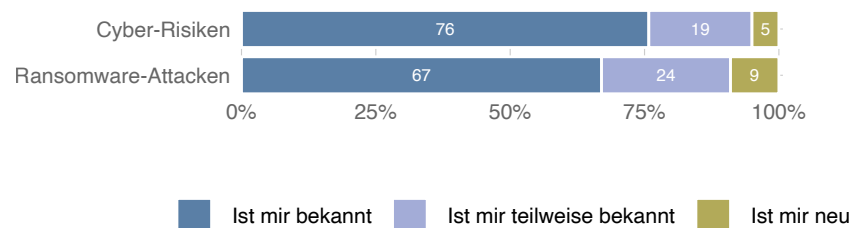


Abbildung 9: Beurteilung der Cybersicherheit in der Schweiz

Kritische Infrastruktur und Verwaltung: «Wie gut schätzen Sie die Cybersicherheit der kritischen Infrastruktur und der Verwaltung in der Schweiz ein?»

Unternehmen: «Wie gut schätzen Sie die Cybersicherheit der Schweizer Unternehmen ein?»

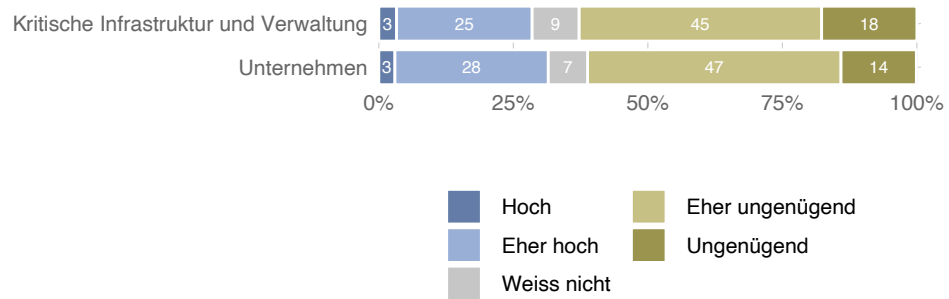
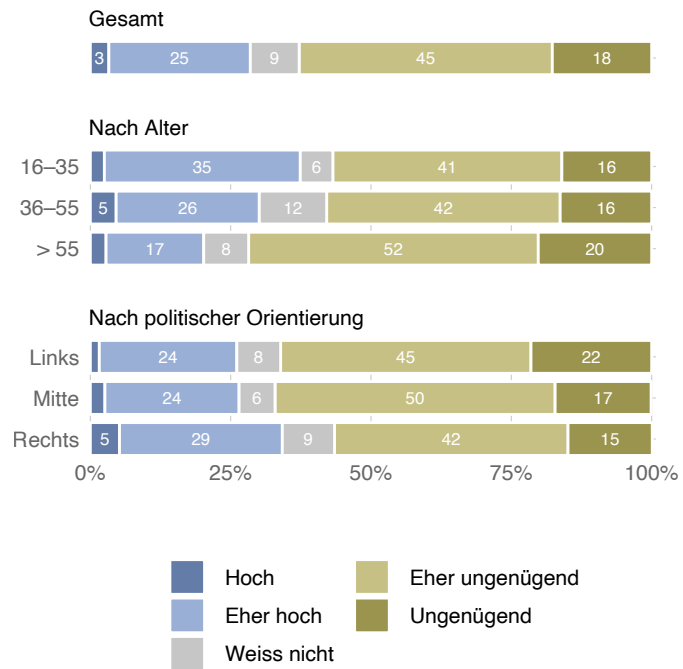
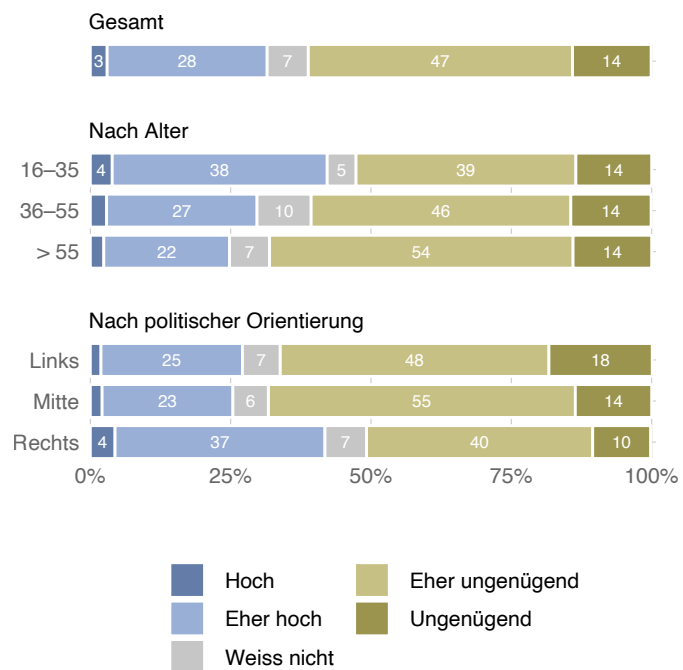


Abbildung 10: Beurteilung der Cybersicherheit der kritischen Infrastruktur und Verwaltung

«Wie gut schätzen Sie die Cybersicherheit der kritischen Infrastruktur und der Verwaltung in der Schweiz ein?»

**Abbildung 11:** Beurteilung der Cybersicherheit der Schweizer Unternehmen

«Wie gut schätzen Sie die Cybersicherheit der Schweizer Unternehmen ein?»

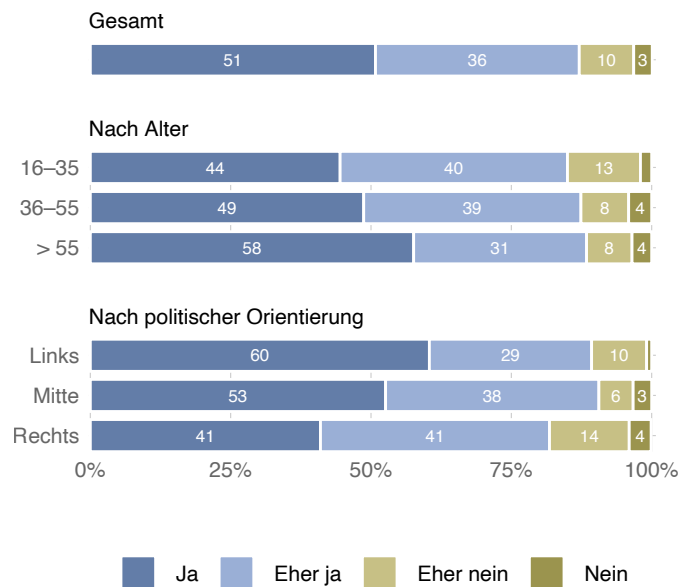


4.2 Staatliche Anstrengungen

Eine überwiegende Mehrheit der Befragten ist der Ansicht, dass der Staat Anstrengungen unternehmen soll, um die Cybersicherheit in den Schweizer Unternehmen zu erhöhen (Abb. 12). Die Wirtschaft wird für IT-Sicherheit in den Unternehmen also nicht allein verantwortlich gemacht. Dabei wurde nicht spezifiziert, in welcher Form der Staat Anstrengungen unternehmen sollte. Am höchsten ist die Zustimmung zu staatlichen Anstrengungen für die Cybersicherheit in Schweizer Unternehmen bei älteren und politisch linksstehenden Befragten.

Abbildung 12: Haltung zu staatlichen Anstrengungen

«Soll der Staat Anstrengungen unternehmen, die Cybersicherheit in den Schweizer Unternehmen zu erhöhen?»



4.3 Gewünschtes Tempo

Drei von vier Befragten möchten, dass der Staat die eigene Entwicklung im Bereich «Cybersicherheit» erhöht (Abb. 13). Dieser Meinung sind besonders politisch linksstehende Befragte (Abb. 14).

Abbildung 13: Gewünschtes Tempo im Bereich «Cybersicherheit»

«Soll der Staat die eigene Entwicklung im Bereich «Cybersicherheit» beschleunigen oder drosseln?»

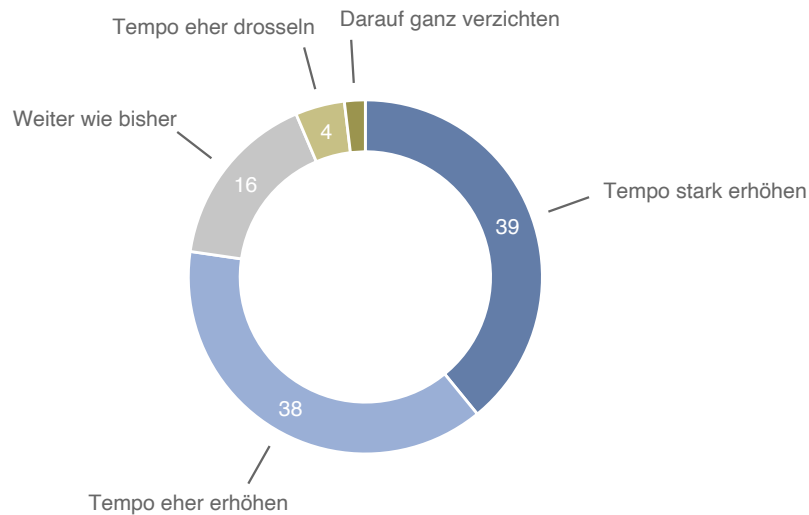
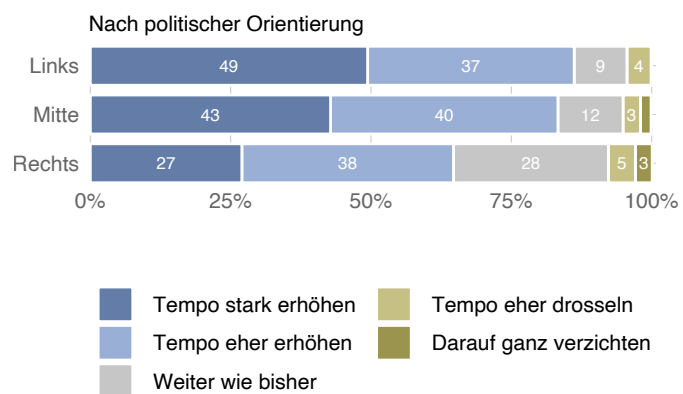


Abbildung 14: Gewünschtes Tempo im Bereich «Cybersicherheit»

«Soll der Staat die eigene Entwicklung im Bereich «Cybersicherheit» beschleunigen oder drosseln?»



5 Digitalisierung und Bildung

5.1 Informiertheit und persönliche Beurteilung

Mit dem Lehrplan 21 wurde das neue Fach Medien und Informatik eingeführt. In diesem neuen Fach sollen Schülerinnen und Schüler einen verantwortungsvollen Umgang mit digitalen Medien lernen und erste Einblicke in die Informatik erhalten. Die meisten Befragten haben von diesem Schulfach zumindest eine Vorstellung. Besonders sattelfest sind Eltern mit minderjährigen Kindern, welche täglich mit den Erfahrungen ihrer Kinder konfrontiert werden (Abb. 15). Die Einschätzungen dieser Kerngruppe sind deshalb für den Bereich «Digitalisierung und Bildung» von besonderer Bedeutung. Insgesamt finden es fast vier von fünf Befragten wichtig oder eher wichtig, dass an öffentlichen Schulen in der Schweiz Grundkenntnisse im Programmieren vermittelt werden (Abb. 16).

Abbildung 15: Informiertheit über Informatik im Lehrplan 21

«Mit dem Lehrplan 21 wurde das neue Fach Medien und Informatik eingeführt. Schülerinnen und Schüler sollen in diesem Fach einen sicheren und verantwortungsvollen Umgang mit digitalen Medien lernen und erste Einblicke in die Informatik erhalten.»

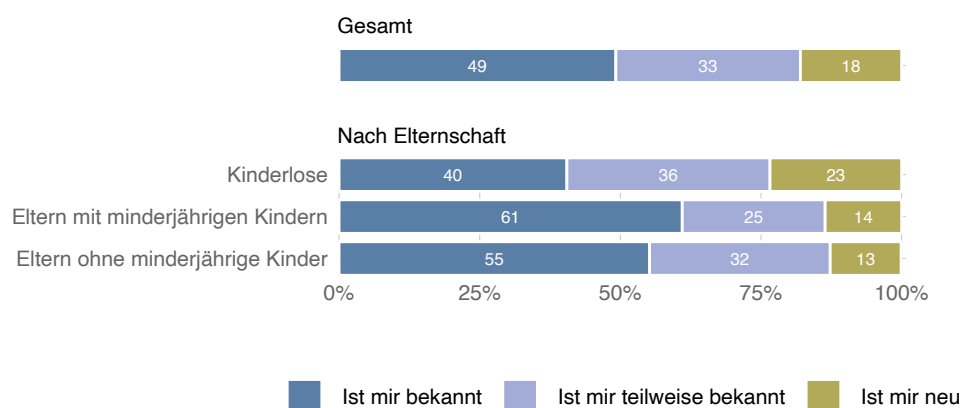
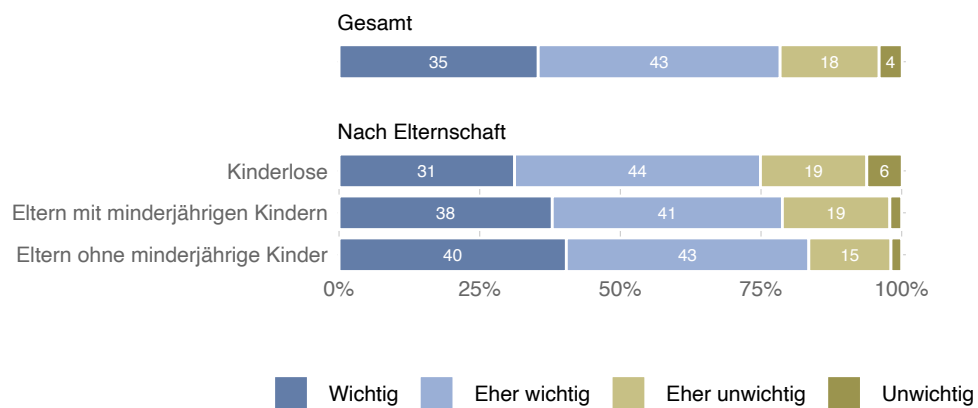


Abbildung 16: Wichtigkeit digitaler Grundkenntnisse im Lehrplan

«Finden Sie es wichtig, dass Schweizer Schülerinnen und Schüler in der öffentlichen Schule Grundkenntnisse im Programmieren lernen?»



5.2 Qualität des digitalen Unterrichts

Die Qualität des digitalen Unterrichts in der Schweiz lässt in der Beurteilung der Befragten zu wünschen übrig. Jeweils weniger als die Hälfte ist der Ansicht, dass Schweizer Schülerinnen und Schüler ausreichend auf die Berufsbilder der Zukunft oder auf den Umgang mit digitalen Medien vorbereitet werden (Abb. 17).

Die Vorbereitung auf die Berufsbilder der Zukunft ist ein Aspekt der digitalen Bildung, der sich besonders stark zeitverzögert auswirkt: Wer heute zur Schule geht, wird erst in 10 bis 20 Jahren in das Berufsleben einsteigen. Tiefergebildete Befragte sind etwas weniger negativ in ihrer Einschätzung als höhergebildete, aber in beiden Gruppen gibt es keine Mehrheit, welche die Vorbereitung auf das Berufsleben als gut einschätzen. Bei den Eltern minderjähriger Kinder ist die Einschätzung sehr polarisiert. Etwa gleich viele sind jeweils der Meinung, dass die Vorbereitung gut bzw. ungenügend sei (Abb. 18).

Abbildung 17: Beurteilung der Qualität unterschiedlicher Aspekte der digitalen Bildung

Vorbereitung auf Berufsbilder der Zukunft: «Mit der Digitalisierung verändern sich in Zukunft die Berufsbilder. Wie gut werden Schweizer Schülerinnen und Schüler Ihrer Meinung nach auf die Berufsbilder der Zukunft vorbereitet?»

Vorbereitung auf Umgang mit digitalen Medien: «Wie gut werden Schweizer Schülerinnen und Schüler Ihrer Meinung nach auf den Umgang mit digitalen Medien vorbereitet?»

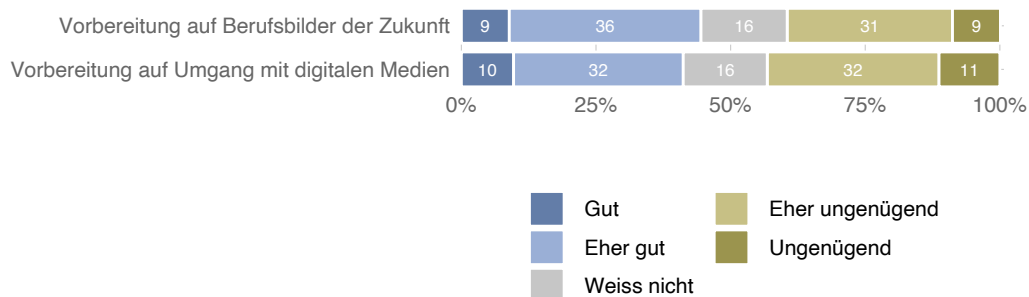
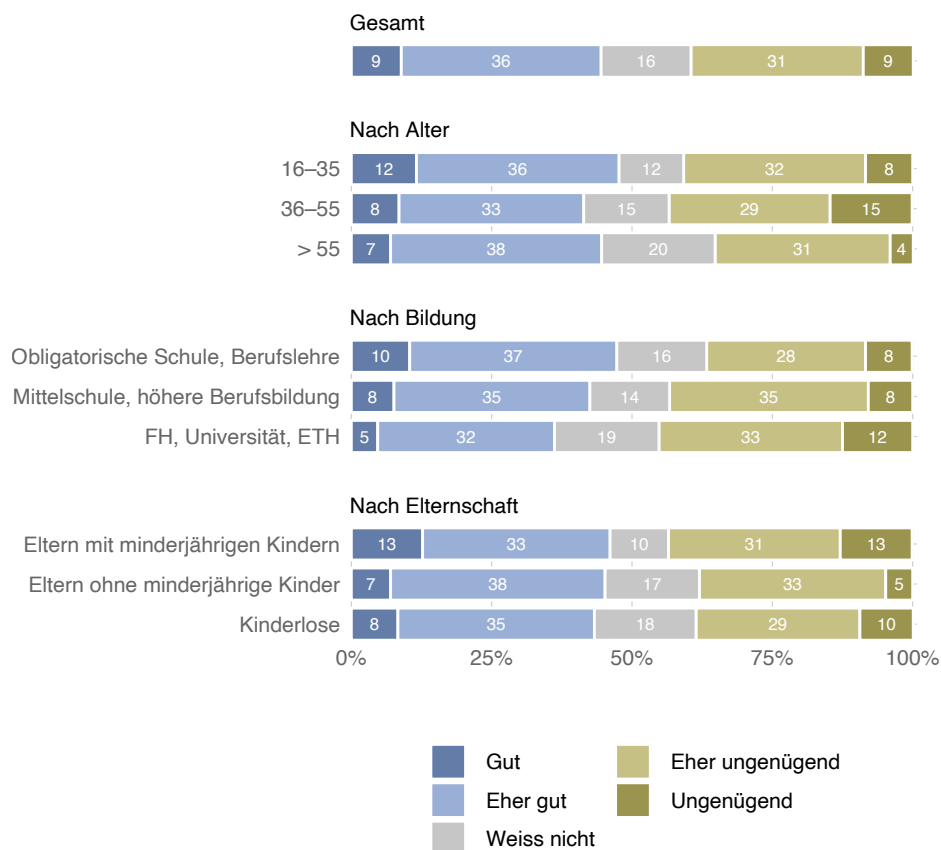


Abbildung 18: Vorbereitung auf Berufsbilder der Zukunft

«Mit der Digitalisierung verändern sich in Zukunft die Berufsbilder. Wie gut werden Schweizer Schülerinnen und Schüler Ihrer Meinung nach auf die Berufsbilder der Zukunft vorbereitet?»



5.3 Digitale Kompetenzen der Lehrerschaft

Nur ein Drittel der Eltern minderjähriger Kinder schätzt die digitalen Kompetenzen der Lehrpersonen als hoch ein. Eine Mehrheit empfindet diese Kompetenzen als ungenügend (Abb. 19). Im digitalen Fernunterricht während der Covid-19-Pandemie konnten sich die Eltern zuhause selbst ein Bild davon machen, wie gut diese Herausforderung von den Schulen gemeistert wurde. 42 Prozent der Eltern minderjähriger Kinder schätzen die Qualität dieses «Home-Schoolings» als gut ein, 47 Prozent als ungenügend (Abb. 20).

Abbildung 19: Digitale Kompetenz der Lehrpersonen

«Wie schätzen Sie die digitalen Kompetenzen der Lehrpersonen im öffentlichen Schulsystem in der Schweiz ein?»

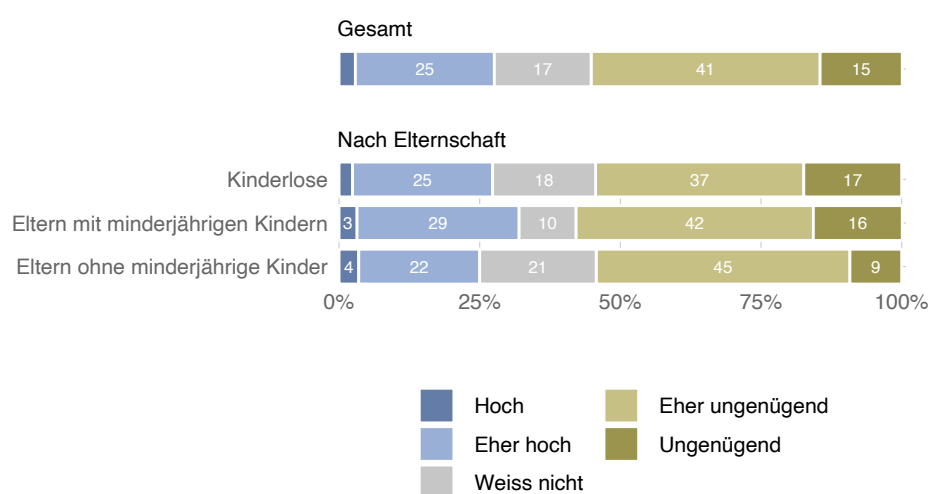
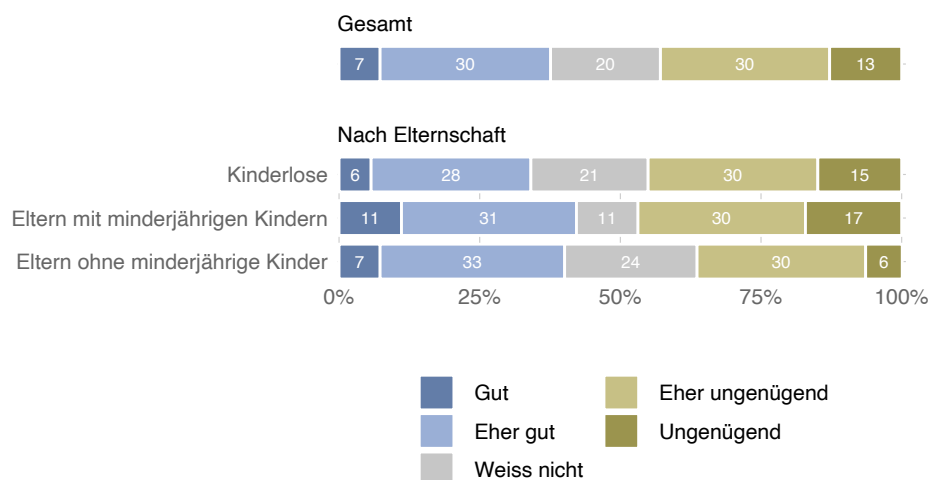


Abbildung 20: Qualität des digitalen Fernunterrichts

«Wie schätzen Sie die Qualität des digitalen Fernunterrichts während der Covid-19-Pandemie für Schülerinnen und Schüler in der Schweiz ein?»



5.4 Gewünschtes Tempo

Eine deutliche Mehrheit von 60 Prozent der Befragten möchte, dass der Staat die eigene Entwicklung im Bereich «Digitalisierung und Bildung» beschleunigt (Abb. 21). Die wahrgenommenen Defizite in der Qualität der digitalen Bildung sollen verringert werden. Im Vergleich mit den Bereichen «Cybersicherheit» und «Digitale Gewalt» werden die Probleme im Bereich «Bildung» jedoch als weniger akut wahrgenommen, was sich in einem etwas weniger starken Wunsch nach mehr Tempo auswirkt. Höhergebildete sowie politisch linksstehende Befragte sind am stärksten der Meinung, dass es bei der digitalen Bildung mehr Tempo braucht (Abb. 22).

Abbildung 21: Gewünschtes Tempo im Bereich «Digitalisierung und Bildung»

«Soll der Staat die eigene Entwicklung im Bereich «Digitalisierung und Bildung» beschleunigen oder drosseln?»

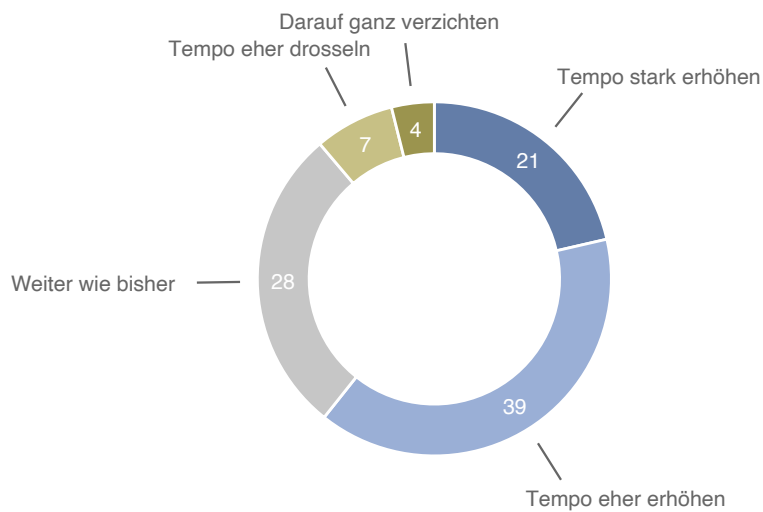
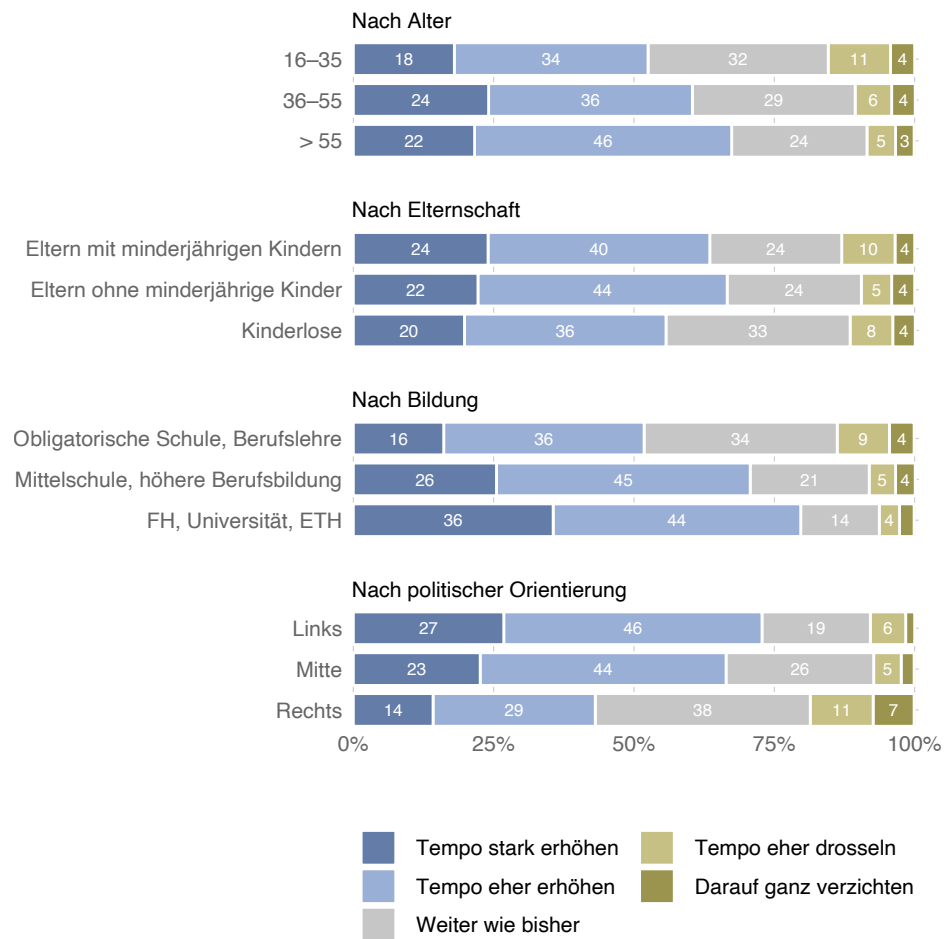


Abbildung 22: Gewünschtes Tempo im Bereich «Digitalisierung und Bildung»

«Soll der Staat die eigene Entwicklung im Bereich «Digitalisierung und Bildung» beschleunigen oder drosseln?»



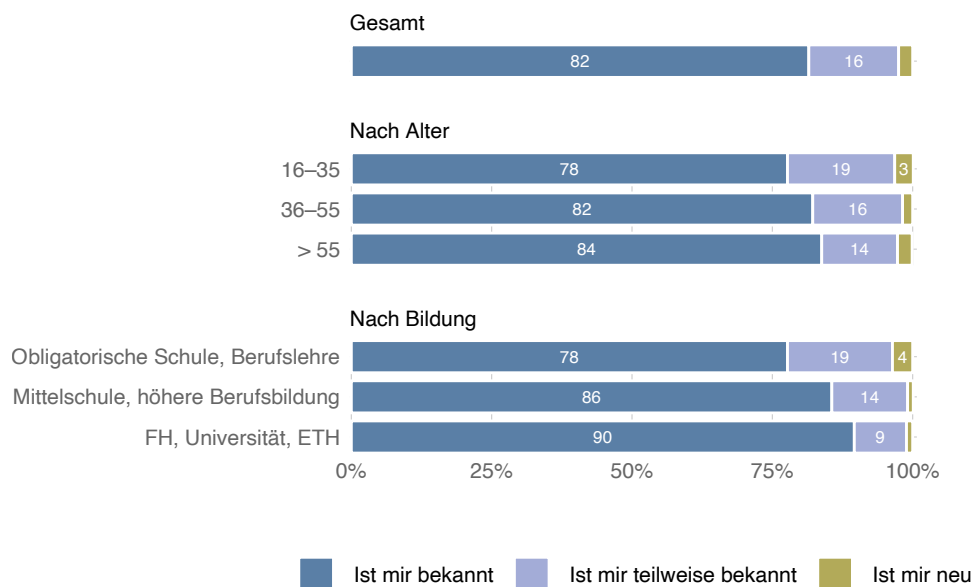
6 Digitale Gewalt

6.1 Informiertheit und persönliche Beurteilung

Digitale Gewalt umfasst Cybermobbing, Cyberstalking, Hassrede, Gewaltandrohung oder Diskriminierung im digitalen Raum (z.B. soziale Medien, Messaging-Apps oder E-Mail). Fast alle Befragten kennen dieses Phänomen. Ältere sowie höhergebildete Befragte zeigen eine besonders hohe Bekanntheit des Begriffs (Abb. 23). Die etwas tiefere Bewandtnis bei jüngeren Befragten mag auf den ersten Blick erstaunen, sind diese doch mit der digitalen Welt und deren Auswirkungen oftmals besser vertraut als ältere Personen. Hier muss man sich jedoch vergegenwärtigen, dass es sich um eine Selbsteinschätzung handelt. Die Einschätzung zwischen «bekannt» und «teilweise bekannt» ist subjektiv.

Abbildung 23: Informiertheit über digitale Gewalt

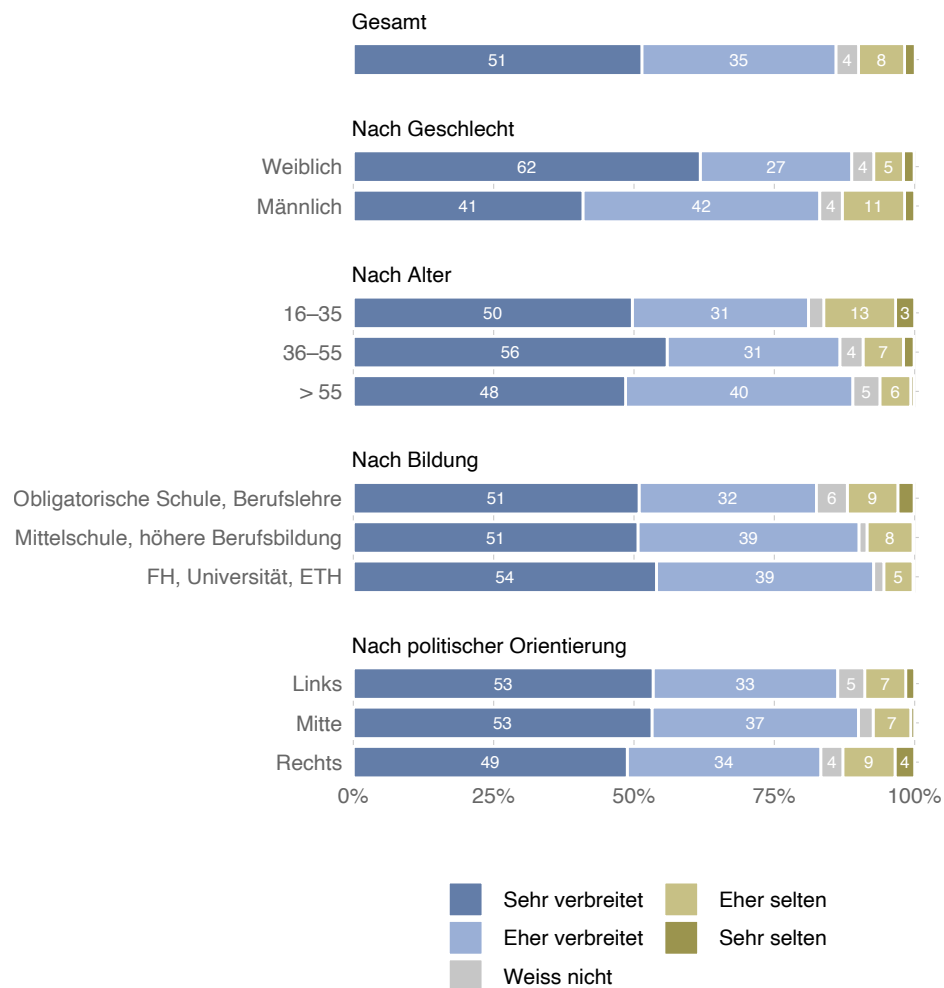
«Digitale Gewalt umfasst verschiedene Übergriffe im digitalen Raum resp. im Internet. Dazu gehören Cybermobbing, Cyberstalking, Hassrede, Gewaltandrohung oder Diskriminierung über elektronische Mittel wie soziale Medien, Messaging-Apps oder E-Mail.»



Die Verbreitung von digitaler Gewalt ist in der Einschätzung der Befragten ein grosses Problem: Die Hälfte hält digitale Gewalt für sehr verbreitet, ein weiteres Drittel für eher verbreitet. Besonders drastisch ist die Einschätzung durch weibliche Befragte (Abb. 24). Erhebungen zeigen, dass Frauen stärker von digitaler Gewalt betroffen sind und emotional stärker darauf reagieren².

Abbildung 24: Beurteilung des Ausmasses von digitaler Gewalt

«Wie verbreitet ist Ihrer Meinung nach digitale Gewalt?»



²ZHAW Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften, Fachgruppe Medienpsychologie: JAMESfocus – Hassrede im Internet (2021)

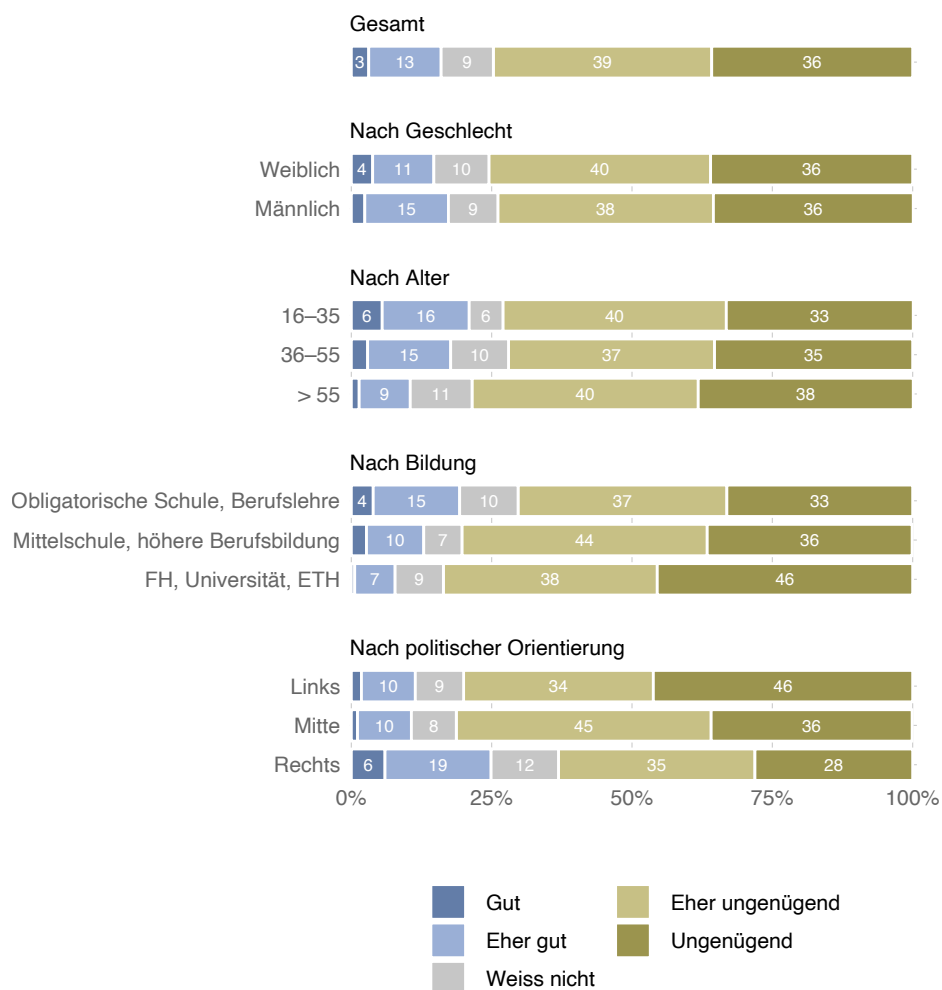
United Nations Strategy and Plan of Action on Hate Speech: Detailed Guidance on Implementation for United Nations Field Presences (2020)

6.2 Bekämpfung von digitaler Gewalt

Die Bekämpfung digitaler Gewalt durch die Behörden wird von drei von vier Befragten als ungenügend wahrgenommen. Hier zeigen sich keine Unterschiede zwischen den Geschlechtern. Es zeigen sich Unterschiede in der Einschätzung nach Alter, Bildung und politischer Orientierung. Es ist jedoch insgesamt in keiner Gruppe mehr als ein Viertel, welche eine positive Einschätzung macht (Abb. 25).

Abbildung 25: Beurteilung der Bekämpfung von digitaler Gewalt

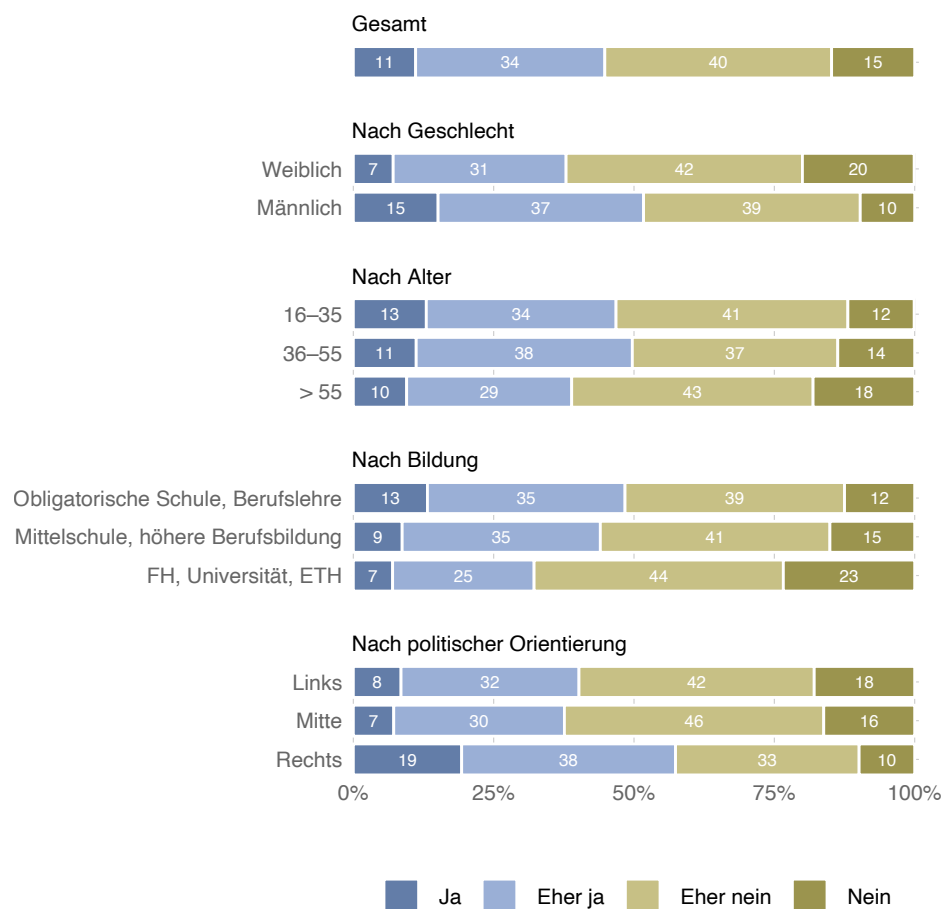
«Wie beurteilen Sie die Bekämpfung digitaler Gewalt durch die Behörden?»



Wüssten sich die Befragten selbst zu helfen, wenn sie persönlich von digitaler Gewalt betroffen wären? Eine Mehrheit geht eher nicht davon aus. Frauen fühlen sich besonders ausgesetzt. Männer und jüngere Befragte sind in dieser Einschätzung etwas selbstbewusster. Auch tiefergebildete sowie ältere Befragte trauen sich eher zu, sich im Fall eines digitalen Angriffs auf die eigene Person ausreichend schützen zu können. In keiner Gruppe sieht sich jedoch eine deutliche Mehrheit dazu in der Lage (Abb. 26).

Abbildung 26: Einschätzung der eigenen Handlungsfähigkeit

«Stellen Sie sich vor, Sie werden selbst Opfer von digitaler Gewalt. Fühlen Sie sich in der Lage, sich in dieser Situation ausreichend zu schützen?»



Wer soll verhindern, dass in der Schweiz digitale Gewalt an Personen entsteht: der Staat, die Anbieter von Social Media oder die betroffenen Personen selbst? Die Befragten sehen hier in erster Linie den Staat in der Verantwortung. Dies umfasst die Aufklärung sowie eine wirksamere Gesetzgebung und Strafverfolgung (Abb. 27). Politisch Linksstehende sehen ausserdem besonders die Social Media-Anbieter in der Pflicht, während Rechtsstehende ein hohes Augenmerk auf die Eigenverantwortung der betroffenen Personen setzen (Abb. 28).

Abbildung 27: Massnahmen zur Verhinderung von digitaler Gewalt

«Wie soll in der Schweiz verhindert werden, dass digitale Gewalt an Personen entsteht?»

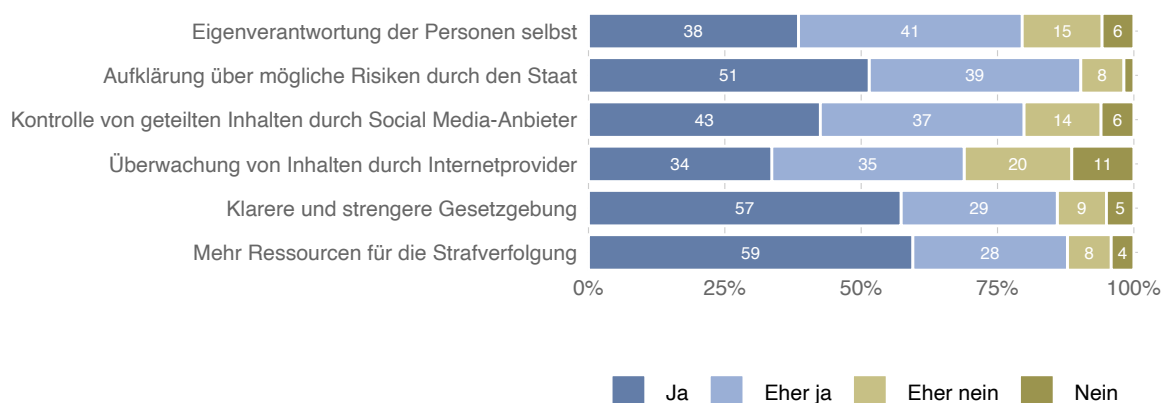
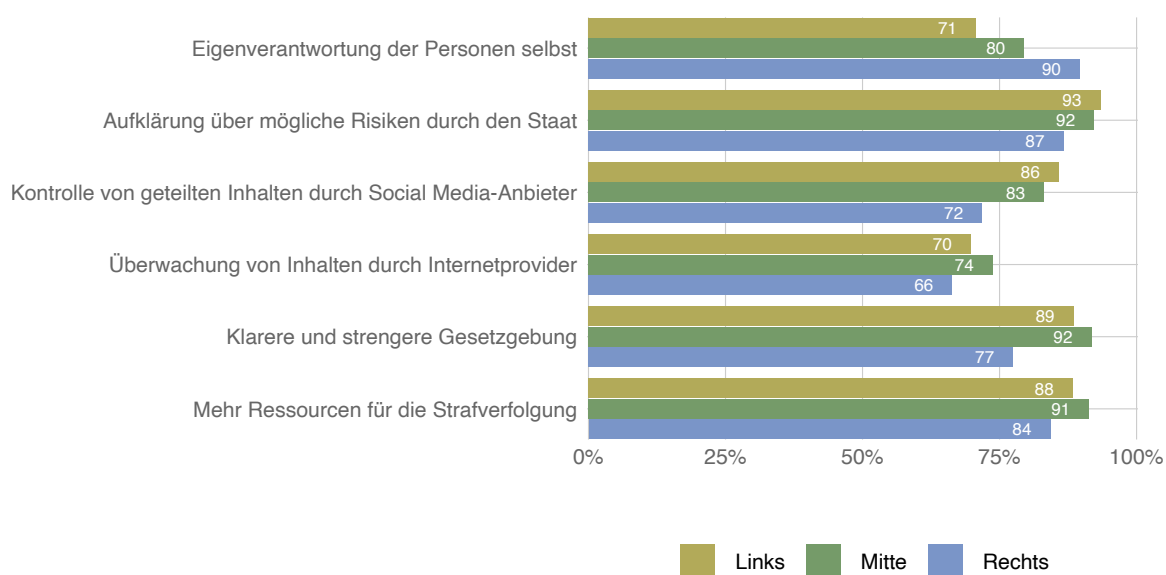


Abbildung 28: Gewünschte Massnahmen zur Verhinderung von digitaler Gewalt – nach politischer Orientierung

«Wie soll in der Schweiz verhindert werden, dass digitale Gewalt an Personen entsteht?»



6.3 Gewünschtes Tempo

Drei von vier Befragten möchten, dass der Staat die eigene Entwicklung im Bereich «Digitale Gewalt» erhöht (Abb. 29). Besonders ältere sowie politisch linksstehende Befragte wünschen sich hier mehr Tempo (Abb. 30).

Abbildung 29: Gewünschtes Tempo im Bereich «Digitale Gewalt»

«Soll der Staat die eigene Entwicklung im Bereich «Digitale Gewalt» beschleunigen oder drosseln?»

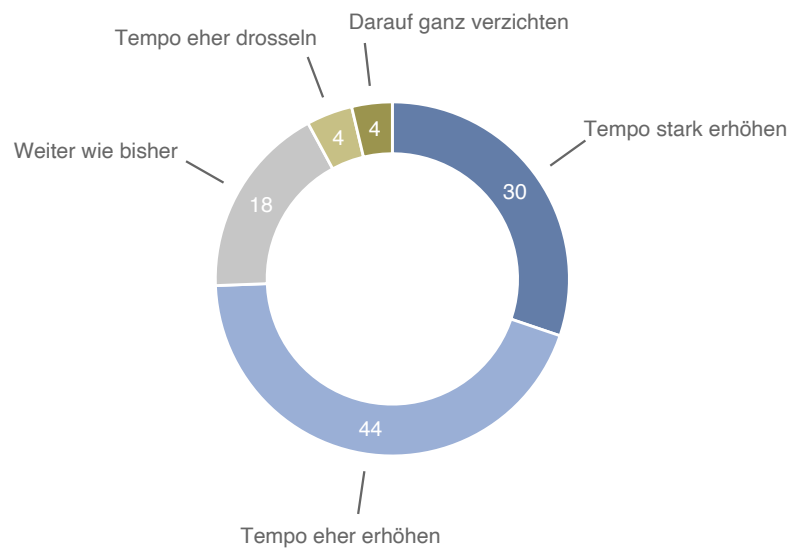
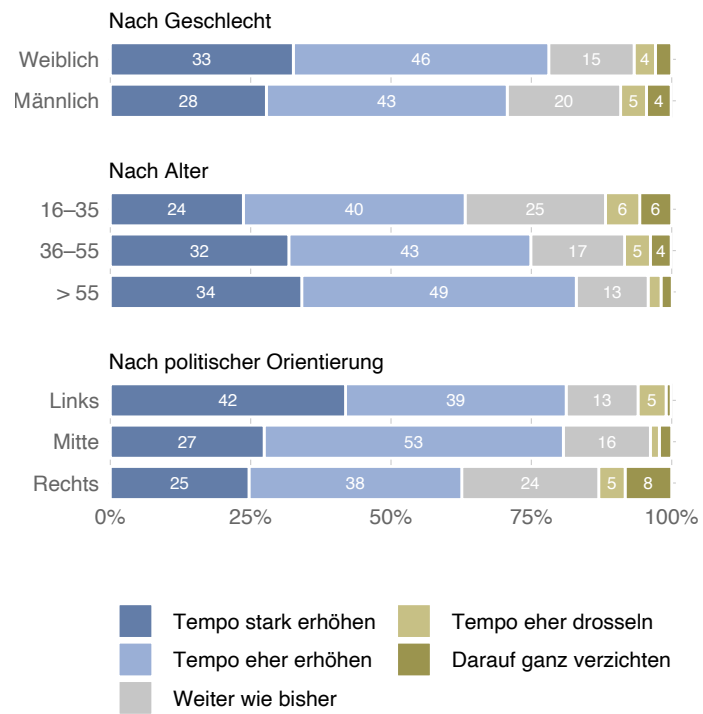


Abbildung 30: Gewünschtes Tempo im Bereich «Digitale Gewalt»

«Soll der Staat die eigene Entwicklung im Bereich «Digitale Gewalt» beschleunigen oder drosseln?»



7 Digitalisierung und Gesundheit

7.1 Informiertheit und persönliche Beurteilung

Das elektronische Patientendossier und der Impfausweis sind zwei Online-Plattformen, wo die Gesundheitsdaten von Personen digital gespeichert und verwaltet werden. Das elektronische Patientendossier ist eine umfassende Sammlung persönlicher Dokumente zur eigenen Gesundheit. Der elektronische Impfausweis ist ein persönliches Konto mit Informationen zu erfolgten Impfungen. Die meisten Befragten haben von diesen beiden Plattformen schon gehört, rund die Hälfte hat eine klare Vorstellung davon (Abb. 31). 62 Prozent finden die Möglichkeit eines elektronischen Impfausweises für sich persönlich wichtig (Abb. 32). Das Bedürfnis nach elektronischen Lösungen ist also da und dürfte mit zunehmender Bekanntheit noch grösser werden.

Abbildung 31: Informiertheit über Aspekte im Bereich «Digitalisierung und Gesundheit»

E-Patientendossier: «Das elektronische Patientendossier ist eine Sammlung persönlicher Dokumente zur eigenen Gesundheit. Diese Informationen sind sowohl für die Patientinnen und Patienten als auch für ihre Gesundheitsfachpersonen abrufbar. Die Patientinnen und Patienten bestimmen, wer diese Dokumente einsehen darf.»

E-Impfausweis: «Ein elektronischer Impfausweis ist ein persönliches Konto mit Informationen zu erfolgten Impfungen, welches online abgerufen werden kann. Wer einen elektronischen Impfausweis erstellt, entscheidet selbst, welche Impfungen darin eingetragen werden und welche Fachpersonen Zugriff auf den Impfausweis erhalten.»

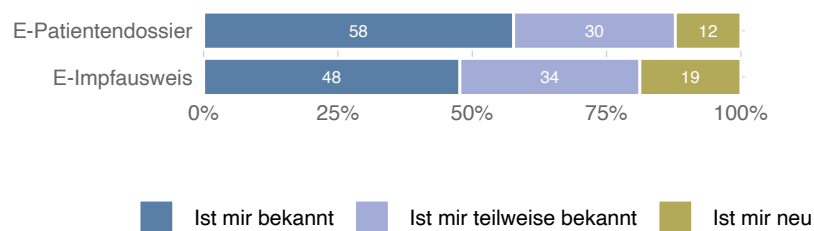
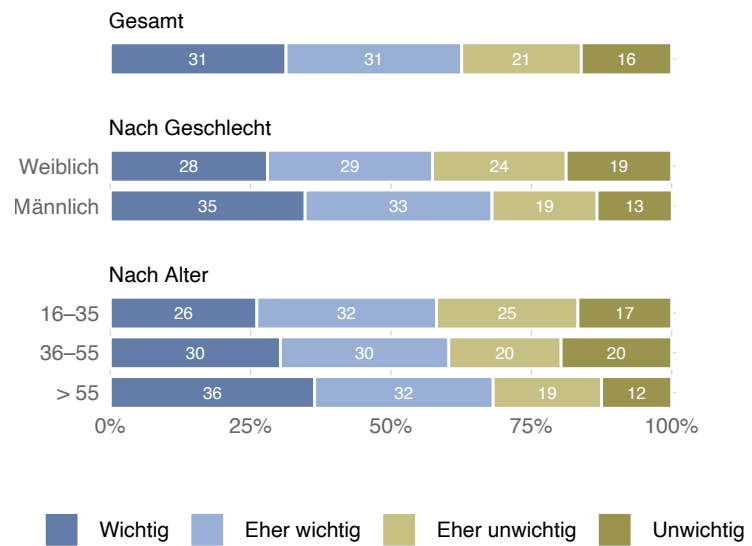


Abbildung 32: Wichtigkeit des elektronischen Impfausweises

«Wie wichtig wäre für Sie persönlich die Möglichkeit eines elektronischen Impfausweises?»



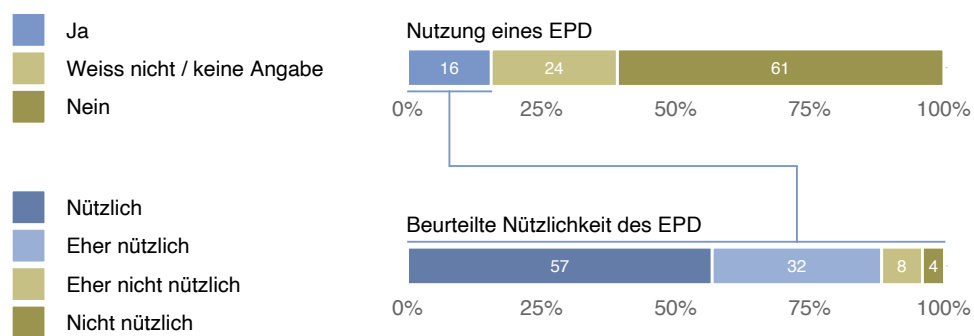
7.2 Zufriedenheit mit dem EPD

Nur ein kleiner Teil der Befragten nutzt heute schon ein elektronisches Patientendossier. Wer es aber nutzt, findet es mit überwiegender Mehrheit nützlich oder eher nützlich (Abb. 33). Diese Zufriedenheit ist für eine weitere Verbreitung eine wichtige Voraussetzung.

Abbildung 33: Nützlichkeit des elektronischen Patientendossiers

Nutzung eines EPD: «Haben Sie ein elektronisches Patientendossier?»

Beurteilte Nützlichkeit des EPD: «Wie nützlich finden Sie das elektronische Patientendossier?»



7.3 Gewünschtes Tempo

Ein höheres Tempo in der Digitalisierung im Gesundheitsbereich in der Schweiz ist nur für die Hälfte der Befragten prioritär (Abb. 34). Bei den älteren Befragten sind 60 Prozent für ein höheres Tempo (Abb. 35). Dieser stärkere Wunsch der älteren Personen könnte damit zusammenhängen, dass diese mit dem Gesundheitssystem mehr Erfahrung machen. Es lässt sich aber auch in anderen Bereichen in dieser Studie beobachten, dass ältere Personen einen stärkeren Wunsch nach einem höheren Tempo der Digitalisierung haben.

Abbildung 34: Gewünschtes Tempo im Bereich «Digitalisierung und Gesundheit»

«Soll der Staat die eigene Entwicklung im Bereich «Digitalisierung und Gesundheit» beschleunigen oder drosseln?»

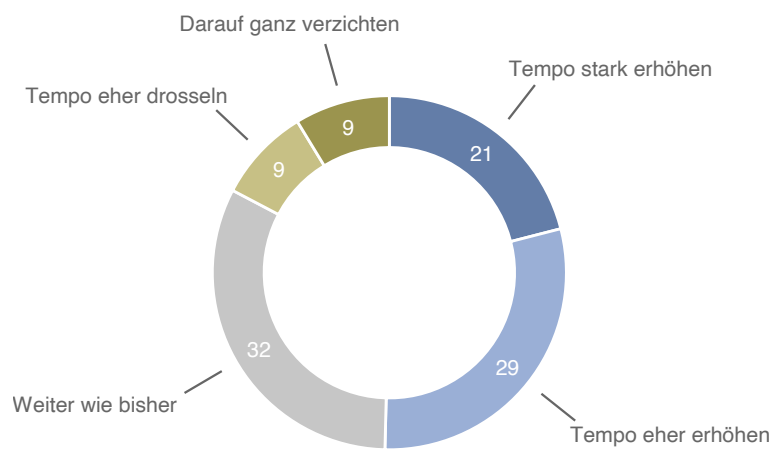
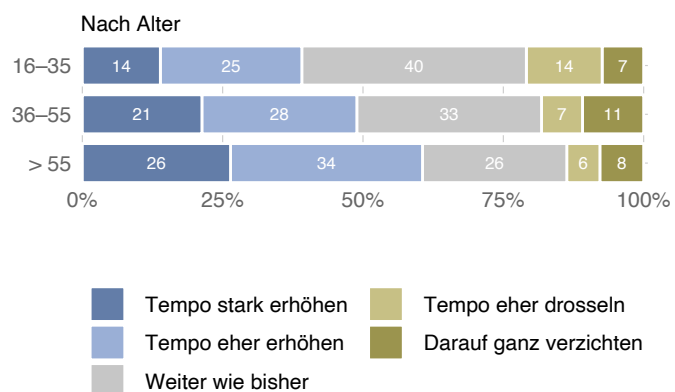


Abbildung 35: Gewünschtes Tempo im Bereich «Digitalisierung und Gesundheit»

«Soll der Staat die eigene Entwicklung im Bereich «Digitalisierung und Gesundheit» beschleunigen oder drosseln?»



8 Virtueller Schalter

8.1 Informiertheit und persönliche Beurteilung

Vielerorts in der Schweiz gibt es heute ein Angebot für Online-Behördengänge. Staatliche Dienstleistungen wie eine Wohnsitzbestätigung, ein Betreibungsregistrauszug oder die Steuererklärung können so komplett papierlos über das Internet abgewickelt werden. Für Online-Behördengänge gibt es in verschiedenen Gemeinden und Kantonen ein Angebot, jedoch keine schweizweite Lösung. Dieses Angebot ist einer Mehrheit der Befragten bekannt, 60 Prozent haben eine klare Vorstellung davon (Abb. 36). Fast gleich gut bekannt ist die E-ID, mit der man sich digital ausweisen kann. Dies, obwohl Online-Behördengänge, welche an vielen Orten schon recht gut etabliert sind, im Leben vieler Menschen bereits eine Rolle spielen – im Gegensatz zur E-ID. Die Abstimmung über die E-ID im März 2021 dürfte zur hohen Informiertheit beigetragen haben. Online-Behördengänge werden von den Befragten als wichtiger eingeschätzt als die E-ID (Abb. 37). Höhergebildete finden diese Angebote besonders wichtig (Abb. 38).

Abbildung 36: Informiertheit über Aspekte im Bereich «Virtueller Schalter»

Online-Behördengänge: «Mit Online-Behördengängen können staatliche Dienstleistungen komplett papierlos über das Internet abgewickelt werden. Beispiele sind eine Wohnsitzbestätigung, ein Betreibungsregistrauszug oder die Steuererklärung. Für Online-Behördengänge gibt es in verschiedenen Gemeinden und Kantonen ein Angebot, jedoch keine schweizweite Lösung.»

E-ID: «Die E-ID ist ein elektronischer Ausweis, mit dem man sich beispielsweise gegenüber einer Behörde oder bei Vertragsabschlüssen digital ausweisen kann.»

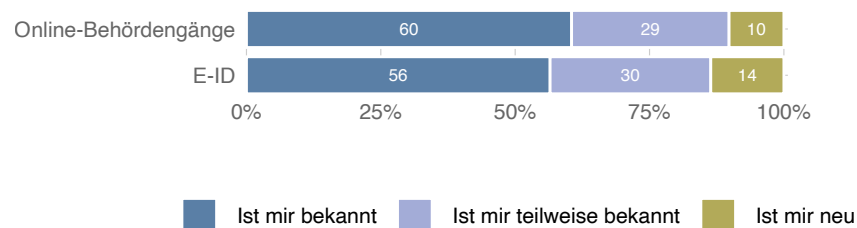
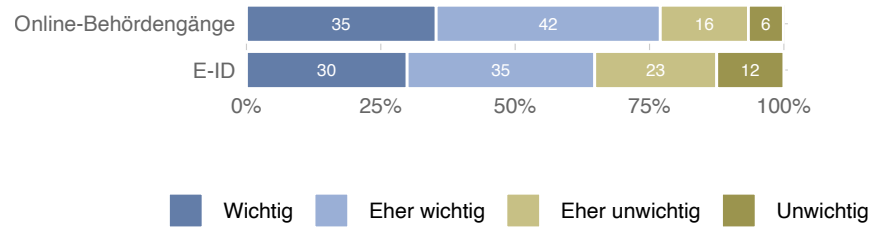


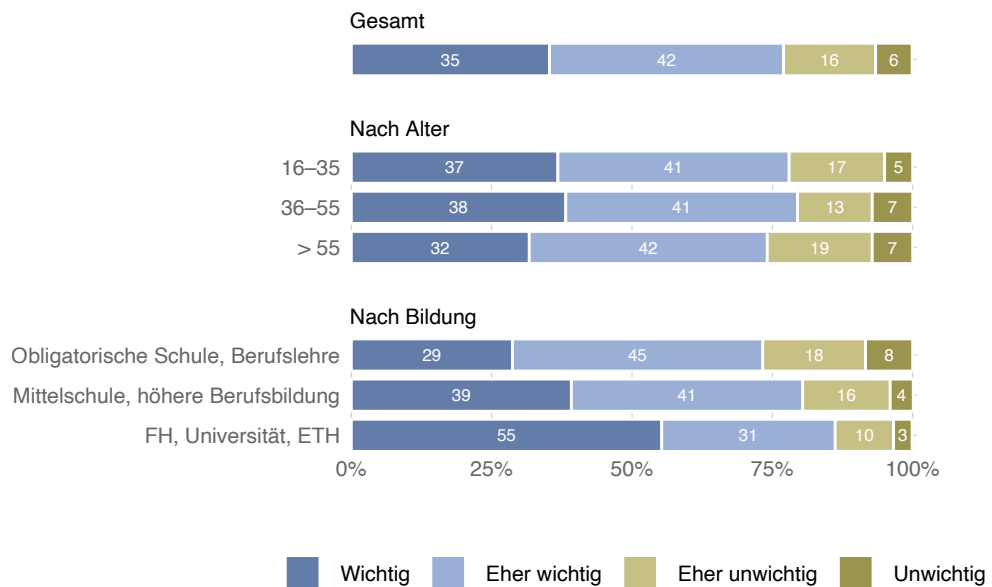
Abbildung 37: Wichtigkeit von Aspekten im Bereich «Virtueller Schalter»

Online-Behördengänge: «Wie wichtig ist für Sie persönlich ein umfassendes Angebot für Online-Behördengänge?»

E-ID: «Wie wichtig wäre für Sie persönlich die Möglichkeit, sich digital ausweisen zu können?»

**Abbildung 38:** Wichtigkeit von Online-Behördengängen

«Wie wichtig ist für Sie persönlich ein umfassendes Angebot für Online-Behördengänge?»

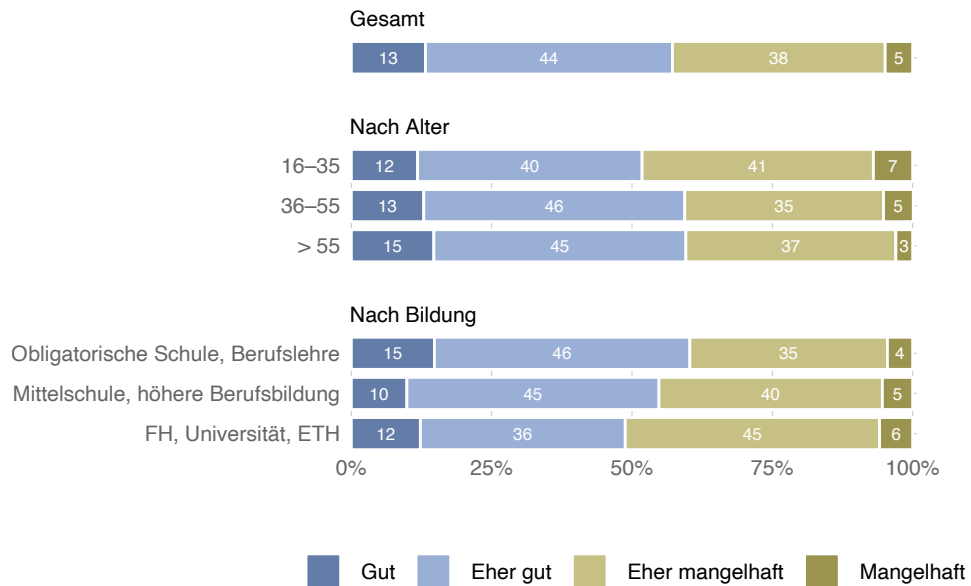


8.2 Bewertung des heutigen Angebots

13 Prozent der Befragten schätzen das heutige Angebot an Online-Behördengängen als gut, 57 Prozent als gut oder eher gut ein. Ältere Befragte sowie Tiefergebildete bewerten das Angebot etwas besser (Abb. 39).

Abbildung 39: Bewertung des heutigen Angebots an Online-Behördengängen

«Wie schätzen Sie das heutige Angebot für Online-Behördengänge ein?»



8.3 Gewünschtes Tempo

Die Hälfte der Befragten wünscht sich mehr Tempo bei der Entwicklung des Staates im Bereich «Virtueller Schalter» (Abb. 40). Besonders stark ist dieser Wunsch bei Höhergebildeten (Abb. 41).

Abbildung 40: Gewünschtes Tempo im Bereich «Virtueller Schalter»

«Soll der Staat die eigene Entwicklung im Bereich «Virtueller Schalter» beschleunigen oder drosseln?»

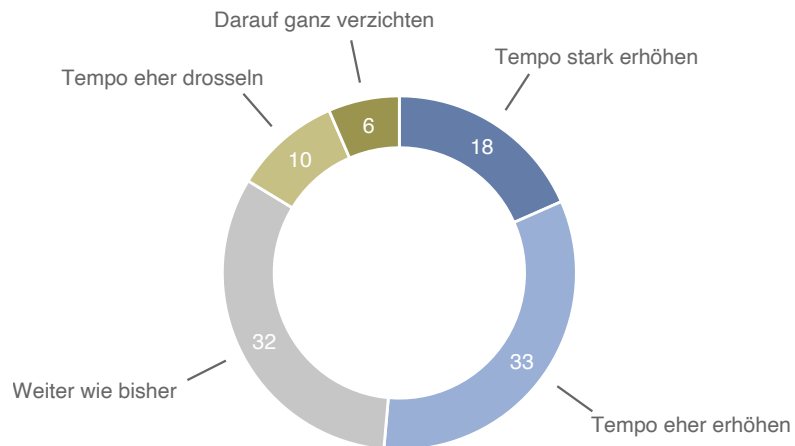
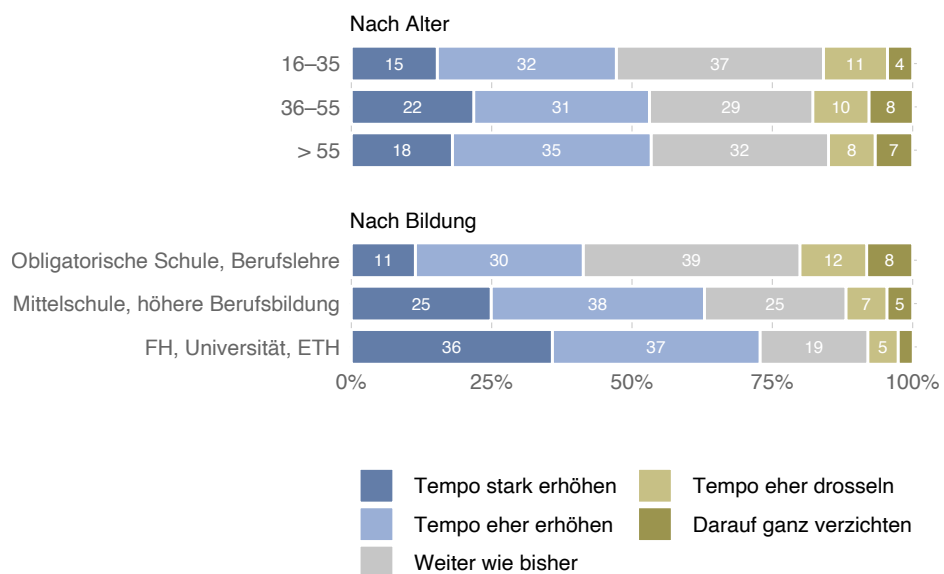


Abbildung 41: Gewünschtes Tempo im Bereich «Virtueller Schalter»

«Soll der Staat die eigene Entwicklung im Bereich «Virtueller Schalter» beschleunigen oder drosseln?»



9 Digitale Demokratie

9.1 Informiertheit und persönliche Beurteilung

Für die digitale Demokratie oder E-Democracy gibt es verschiedene mögliche Formen, die in der Schweiz teilweise in Vorbereitung sind. E-Voting bezeichnet die elektronische Stimmabgabe bei Wahlen und Abstimmungen. E-Collecting bezeichnet die elektronische Unterschriftensammlung für Initiativen und Referenden. Beides sind elektronische Umsetzungen der wichtigsten demokratischen Beteiligungsformen in der Schweiz. E-Partizipation bezeichnet eine indirektere Form der digitalen demokratischen Beteiligung: Die Bevölkerung hat dabei die Möglichkeit, am politischen Dialog digital teilzunehmen. E-Voting ist von den drei abgefragten Formen der E-Democracy mit Abstand die bekannteste Form (Abb. 42). Bei der beurteilten Wichtigkeit sind die Unterschiede kleiner, doch auch hier steht das E-Voting an erster Stelle (Abb. 43).

Abbildung 42: Informiertheit über Aspekte im Bereich «Digitale Demokratie»

E-Voting: «E-Voting» bezeichnet die elektronische Stimmabgabe bei Wahlen und Abstimmungen. Die elektronische Stimmabgabe kann von zuhause aus über das Internet getätigt werden. E-Voting ist in der Schweiz zurzeit nicht möglich.»

E-Collecting: «E-Collecting» bezeichnet die elektronische Unterschriftensammlung für Initiativen und Referenden. E-Collecting ist in der Schweiz zurzeit nicht möglich.»

E-Partizipation: «E-Partizipation» beschreibt die Möglichkeit, im digitalen Dialog politische Entscheidungen mitzugestalten, bevor sie zur Abstimmung kommen. Dabei kann sich die Bevölkerung proaktiv einbringen, Ideen anstossen und bei der Gestaltung von Lösungen mitreden. E-Partizipation könnte in der eigenen Wohngemeinde, auf regionaler Stufe oder auf nationaler Stufe stattfinden.»

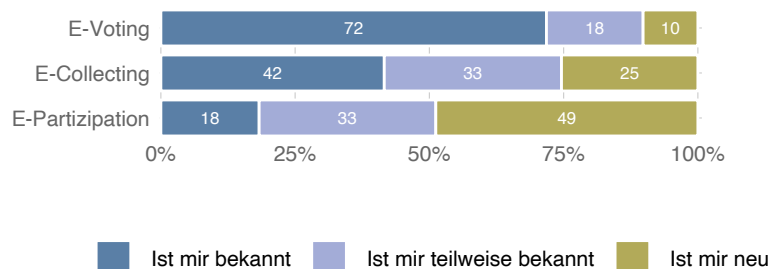
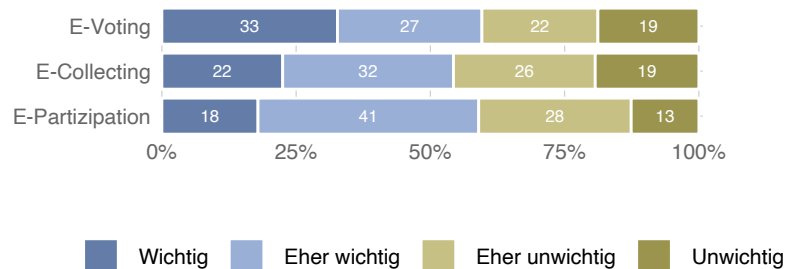


Abbildung 43: Wichtigkeit von Aspekten im Bereich «Digitale Demokratie»

E-Voting: «Wie wichtig wäre für Sie persönlich die Möglichkeit von E-Voting?»

E-Collecting: «Wie wichtig wäre für Sie persönlich die Möglichkeit von E-Collecting?»

E-Partizipation: «Wie wichtig wäre für Sie persönlich die Möglichkeit der E-Partizipation?»



E-Voting wird von politisch linksstehenden Befragten als etwas wichtiger eingeschätzt als von rechtsstehenden. Der rechte Flügel ist etwas skeptischer eingestellt, was mit Befürchtungen zur Sicherheit zu tun haben könnte. Die Unterschiede zwischen den politischen Lagern sind jedoch nicht gross und in allen Lagern gibt es eine Mehrheit, die E-Voting für wichtig oder eher wichtig befindet (Abb. 44). Beim E-Collecting zeigt sich ein auffälliges Bild: Die Lager an den politischen Polen schätzen es in der Mehrheit als wichtig oder eher wichtig ein, während die politische Mitte hier skeptischer ist. E-Collecting würde das Unterschriftensammeln für Initiativen und Referenden vereinfachen, was vor allem Anliegen aus den politischen Polen in ihren Erfolgsaussichten bei Unterschriftensammlungen begünstigen dürfte (Abb. 45). E-Partizipation als letzte der drei Formen der E-Democracy ist ein Anliegen, das vor allem von politisch links orientierten Befragten vorgebracht wird (Abb. 46).

Abbildung 44: Wichtigkeit von E-Voting

«Wie wichtig wäre für Sie persönlich die Möglichkeit von E-Voting?»

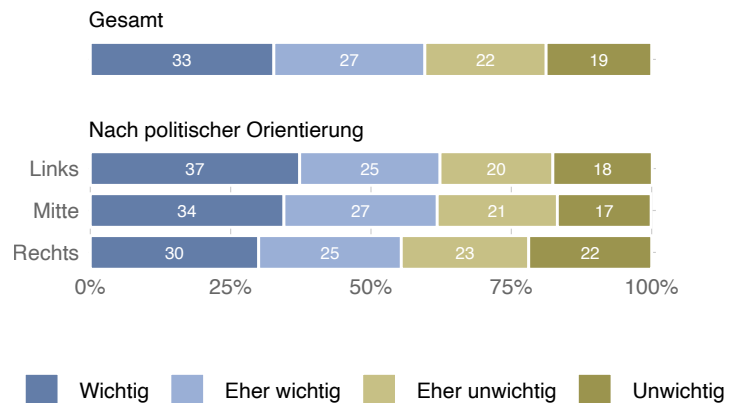
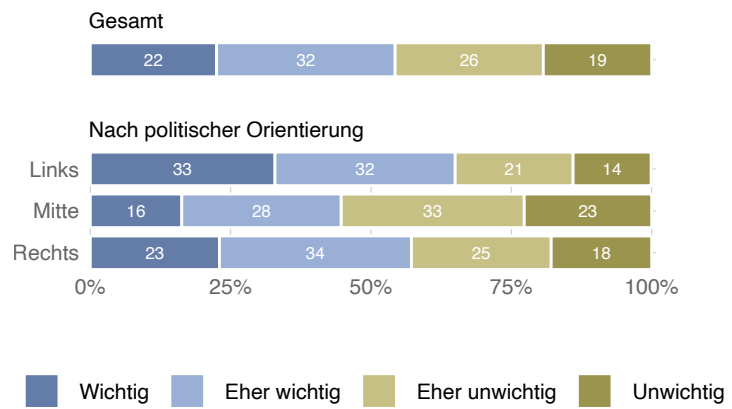


Abbildung 45: Wichtigkeit von E-Collecting

«Wie wichtig wäre für Sie persönlich die Möglichkeit von E-Collecting??»

**Abbildung 46:** Wichtigkeit der E-Partizipation

«Wie wichtig wäre für Sie persönlich die Möglichkeit der E-Partizipation??»



9.2 Stufen der E-Partizipation

E-Partizipation ist ein lokales Bedürfnis. Je entrückter von der lokalen Ebene, desto kleiner wird das Interesse daran. Mit Abstand am wenigsten Interesse an E-Partizipation haben die Befragten auf der internationalen Stufe (Abb. 47). Politisch linksstehende Befragte haben auf jeder Stufe das höchste Interesse an der digitalen Partizipation. Am deutlichsten zeigt sich dieser Unterschied auf der internationalen Stufe (Abb. 48).

Abbildung 47: Stufen der E-Partizipation

«Auf welcher Stufe würden Sie sich im digitalen Dialog einbringen wollen? (Mehrere Antworten möglich)»

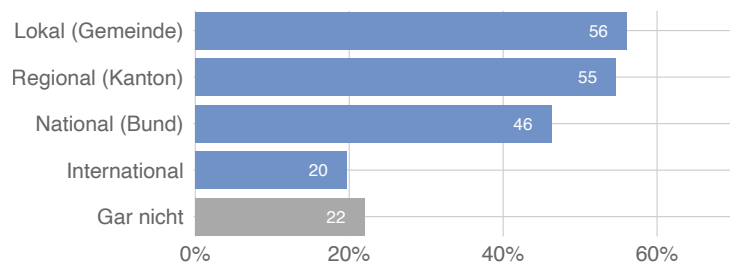
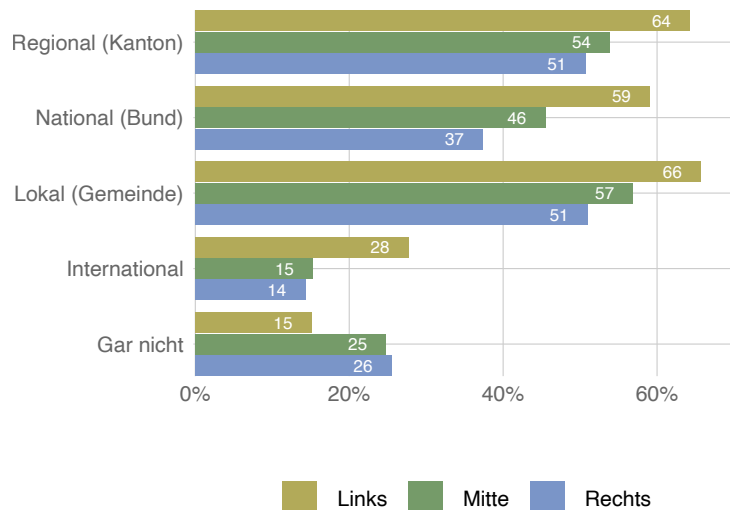


Abbildung 48: Stufen der E-Partizipation – nach politischer Orientierung

«Auf welcher Stufe würden Sie sich im digitalen Dialog einbringen wollen? (Mehrere Antworten möglich)»



9.3 Gewünschtes Tempo

Die Hälfte der Befragten wünscht sich bei der digitalen Demokratie mehr Tempo (Abb. 49). Das Anliegen für mehr Tempo in diesem Bereich ist ein dezidiert linkes Anliegen (Abb. 50).

Abbildung 49: Gewünschtes Tempo im Bereich «Digitale Demokratie»

«Soll der Staat die eigene Entwicklung im Bereich «Digitale Demokratie» beschleunigen oder drosseln?»

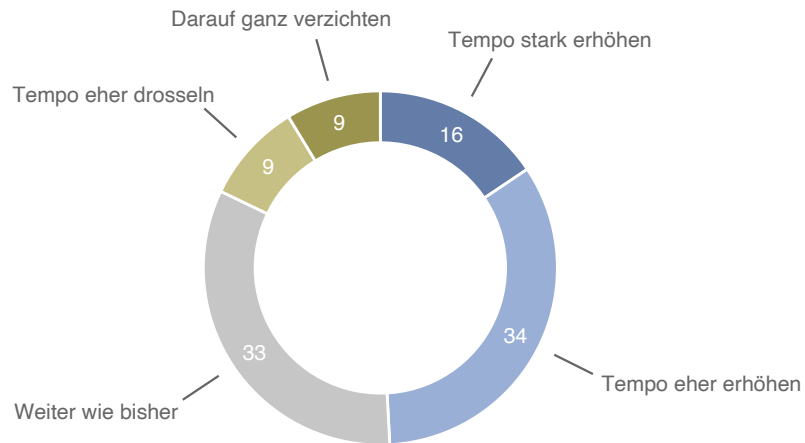
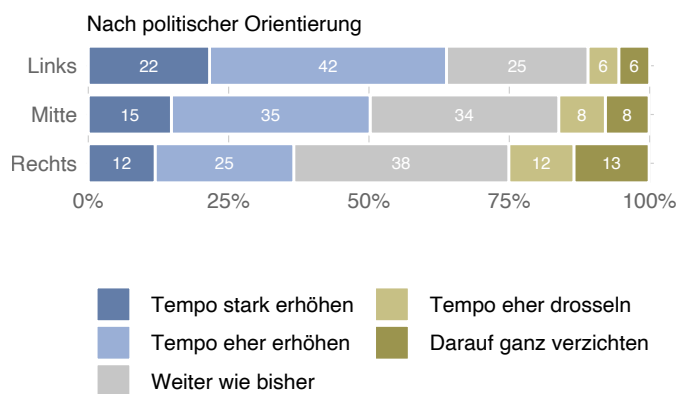


Abbildung 50: Gewünschtes Tempo im Bereich «Digitale Demokratie»

«Soll der Staat die eigene Entwicklung im Bereich «Digitale Demokratie» beschleunigen oder drosseln?»



10 Digitale Aussenpolitik

10.1 Infomierheit und persönliche Beurteilung

Die EU treibt derzeit neue Gesetze voran, um Angebote im Internet einheitlich zu regeln und rechtliche Grundlagen im digitalen Bereich zu vereinheitlichen. Nur ein Viertel der Befragten kennt diese Bestrebungen der EU im Detail. Dass die Schweiz bei der Ausgestaltung dieser Gesetze nicht direkt mitwirken kann, ist auch einem Teil der Befragten klar, die diese Gesetze nicht im Detail kennen (Abb. 51). Das Vertrauen in den Bundesrat, dass er die Interessen der Schweiz in diesem Gesetzgebungsprozess wirksam vertritt, ist nicht sehr hoch. Nur 16 Prozent trauen das dem Bundesrat klar zu. Immerhin mehr als die Hälfte trauen es ihm aber klar oder eher zu. Nur 7 Prozent trauen der EU klar zu, dass sie die Interessen der Schweiz bei dieser Neuregulierung angemessen berücksichtigt (Abb. 52).

Abbildung 51: Informiertheit über Aspekte im Bereich «Digitale Aussenpolitik»

EU Digitaler Binnenmarkt: «Die EU treibt derzeit neue Gesetze voran, um Angebote im Internet einheitlich zu regeln. Rechtliche Grundlagen und technische Standards sollen innerhalb des EU-Raums vereinheitlicht werden.»

Rolle der Schweiz: «Als Nichtmitglied hat die Schweiz keine Möglichkeit, diese Gesetze direkt mitzugestalten. Trotzdem betreffen diese Gesetze auch Schweizer Unternehmen und die Schweizer Bevölkerung.»

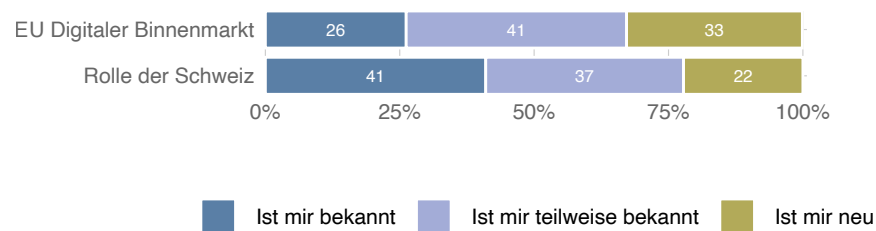
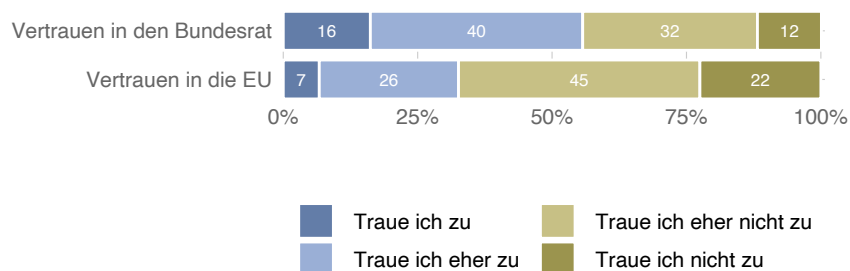


Abbildung 52: Vertrauen in die Politik

Vertrauen in den Bundesrat: «Wie gut trauen Sie dem Bundesrat zu, die Interessen der Schweiz in diesem Gesetzgebungsprozess zu vertreten?»

Vertrauen in die EU: «Wie gut trauen Sie der EU zu, dass sie die Interessen der Schweiz bei der Regulierung der Digitalisierung angemessen berücksichtigt?»



Das Vertrauen in den Bundesrat bezüglich der Durchsetzung der Schweizerischen Interessen ist im rechten Lager noch etwas tiefer als in den übrigen politischen Lagern (Abb. 53). Das Vertrauen in die EU bezüglich der Berücksichtigung Schweizer Interessen ist in allen politischen Lagern tief. Im linken Lager ist es am höchsten (Abb. 54).

Abbildung 53: Vertrauen in den Bundesrat

«Wie gut trauen Sie dem Bundesrat zu, die Interessen der Schweiz in diesem Gesetzgebungsprozess zu vertreten?»

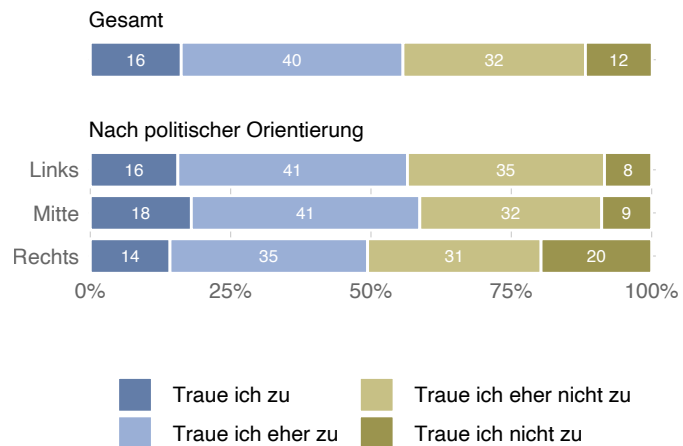
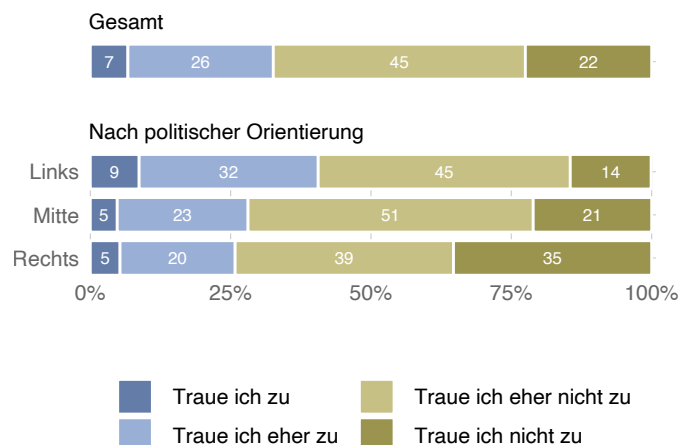


Abbildung 54: Vertrauen in die EU

«Wie gut trauen Sie der EU zu, dass sie die Interessen der Schweiz bei der Regulierung der Digitalisierung angemessen berücksichtigt?»



10.2 Gewünschtes Tempo

55 Prozent der Befragten möchten, dass der Staat im Bereich «Digitale Aussenpolitik» das Tempo erhöht (Abb. 55). Insbesondere linksstehende Befragte sind für mehr Tempo (Abb. 56).

Abbildung 55: Gewünschtes Tempo im Bereich «Digitale Aussenpolitik»

«Soll der Staat die eigene Entwicklung im Bereich «Digitale Aussenpolitik» beschleunigen oder drosseln?»

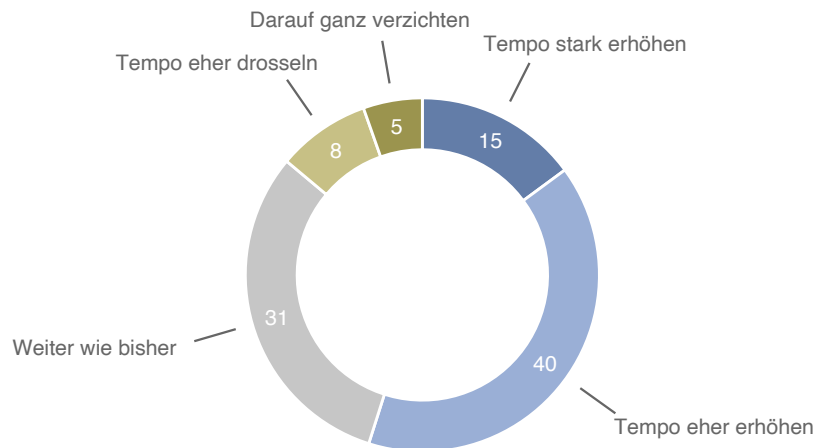
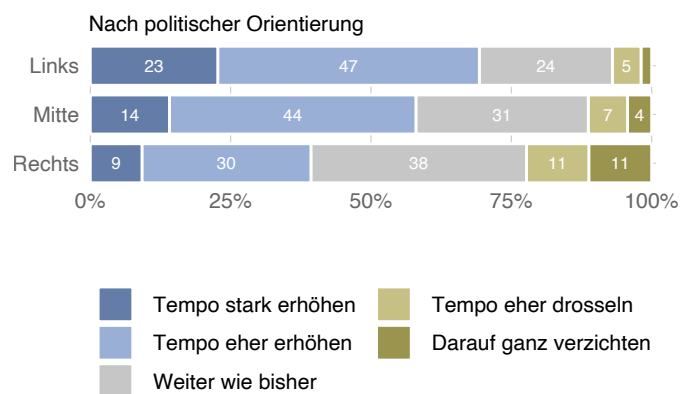


Abbildung 56: Gewünschtes Tempo im Bereich «Digitale Aussenpolitik»

«Soll der Staat die eigene Entwicklung im Bereich «Digitale Aussenpolitik» beschleunigen oder drosseln?»



11 Datenerhebung und Methode

Datenerhebung und Stichprobe

Die Datenerhebung zur vorliegenden Befragung fand vom 8. bis am 18. November 2021 statt. Die Befragung erfolgte online. Die Rekrutierung der Befragten fand einerseits über das Online-Panel von Sotomo, andererseits via Online-Panel von Bilendi statt. Das Sample beinhaltet 1254 Personen aus der Deutschschweiz.

Repräsentative Gewichtung

Da sich die Teilnehmenden der Umfrage selbst rekrutieren (opt-in), ist die Zusammensetzung der Stichprobe nicht repräsentativ für die Grundgesamtheit. So nehmen typischerweise mehr Männer als Frauen an politischen Umfragen teil. Den Verzerrungen in der Stichprobe wird mittels statistischer Gewichtungsverfahren entgegengewirkt. Die Gewichtung erfolgt dabei mittels IPF-Verfahren (*Iterative Proportional Fitting*). Neben soziodemographischen Gewichtungskriterien (Alter, Geschlecht, Bildung) werden dabei auch politische Gewichtungskriterien beigezogen. Durch die Gewichtung wird eine hohe Repräsentativität für die sprachintegrierte Bevölkerung der Deutschschweiz erzielt.